AZA 3000 BERN 16 POST CH AG NR. 17 | 21. OKTOBER 2022 | FR. 2.80 | www.workzeitung.ch

UNIA

DIE ZEITUNG DER GEWERKSCHAFT.

work

Tobler: Die wilden frühen Jahre und das Ende der Swissness. Seiten 10–11

Bauleute sind streikbereit:

Meister, es längt!

Die Baumeister stellen sich stur. Die Büezer haben genug! Seite 5

«Der Respekt kommt wieder»

Yelines Hofer und Kurt Wyssbrod haben den neuen Maler-GAV mitverhandelt. Seite 3

Rechsteiner zieht Bilanz

Der langjährige SGB-Chef tritt auch als SP-Ständerat zurück. Das Interview. Seite 7

Essen geht ins Geld

Wer den ganzen Tag arbeitet, kommt ums Auswärtsessen nicht herum. Das ist ein grosser Budgetposten. work weiss, wie er ein bisschen kleiner wird. Seiten 14–15

FOTOS: TI-PRESS, SAMUEL GOLAY / FRANZISKA SCHEIDEGGER / ZVG

workedito
Anne-Sophie Zbinden

SOLIDARITÄT BEGINNT BEI EINEM BRUCH

Dass Sexualität kein Tabu-Thema mehr ist, haben wir auch Margaret Mead (1901–1978) zu verdanken. Die US-Amerikanerin reiste 1925 alleine auf die Pazifikinsel Samoa, um das Heranwachsen und das sexuelle Verhalten junger Mädchen zu erforschen. Aus dieser und anderen Feldforschungen zog sie den Schluss: Das Umfeld bestimmt das Verhalten der Geschlechter und nicht die Biologie.
Mit dieser These wurde Mead zu einer der berühmtesten und auch umstrittensten Ethnologinnen ihrer Zeit.
Mead wird eine Anekdote zugesprochen, die aktueller nicht sein könnte: Als Mead von einer Studierenden gefragt wurde, was sie historisch als erstes Zeichen der Zivilisation betrachte, war ihre Antwort so überraschend wie einleuchtend: Es sei ein gebrochener und wieder zusammengewachsener Oberschenkelknochen.

Streiken zahlt sich aus – wortwörtlich.

Kein Tier in der Wildnis überlebe einen Beinbruch lange genug, damit er heilen könne. Der geheilte Oberschenkelknochen beim Menschen erbringe den Beweis, dass sich jemand um den Verletzten gekümmert, ihn gepflegt und lange genug geschützt habe, bis der Knochen geheilt war.

BEINBRUCH. *In anderen Worten: Nur Solidarität bringt uns weiter. Dass es sich wortwörtlich auszahlt, sich zusammenzuschliessen, zeigen die Uhrenarbeiterinnen und -arbeiter. Als Ausgleich für die Teuerung erhalten sie 3,6 bis 6,1 Prozent mehr Lohn. Hätte eine Uhrenarbeiterin alleine eine Lohnerhöhung von 6,1 Prozent verlangt, hätten die Chefs wohl nur gelacht. Jetzt profitieren 50 000 Menschen von höheren Löhnen.*
Oder die Mitarbeitenden des öffentlichen Verkehrs in Genf: Mit einem halben Teuerungsausgleich wollte die Direktion die Busfahrerinnen und Tramfahrer abservieren. Doch 600 von ihnen taten sich zusammen und legten eineinhalb Tage lang den städtischen Verkehr lahm. Und siehe da: Jetzt gibt's den vollen Teuerungsausgleich gemäss ihrem Personalstatut und obendrauf noch eine Prämie von 400 Franken (Seiten 2 und 4).
Beim Flugabfertiger Swissport reichte eine Streikankündigung. Plus ein Protesttag, an dem Hunderte Mitarbeitende teilnahmen. Plus neun zähe Verhandlungsrunden. Doch dann kam der neue GAV zum Fliegen: Fast sämtliche Forderungen der Arbeiterinnen und Arbeiter wurden erfüllt. Sie erhalten 4 Prozent mehr Lohn und eine Prämie von 500 Franken (Seite 6).

AUFBRUCH. *Ob bei den Bauleuten eine Streikankündigung reicht, ist noch ungewiss. Zu unvernünftig zeigen sich die Baumeister. Zu stur beharren sie auf ihren Forderungen: Sie wollen fast alle Arbeitszeitschranken einreissen. Aufbauen wollen sie hingegen die Arbeit auf Abruf. Und damit Mini-Einsätze von wenigen Stunden ermöglichen oder sogar Null-Stunden-Wochen. Gleichzeitig sollen die Bauleute im Sommer fast nonstop chrampfen. 58 Stunden pro Woche, 12 Stunden pro Tag! Das würde bedeuten, dass sich die Baubüezer im Frühling von ihren Familien verabschieden können und sie de facto erst im Herbst wiedersehen.*
Doch so weit ist es noch nicht. Am 17. Oktober standen im Tessin 80 Prozent der Baustellen still. 2500 Tessiner Baubüezer versammelten sich in Bellinzona und liessen die Meister wissen: Basta, jetzt ist genug! Und das ist erst der Anfang (Seite 5).

Keinen Monat nach dem Mini-Ja zum höheren Frauen-Rentenalter

Jetzt auch beim BVG: Für weniger Rente noch mehr bezahlen

Der Ständerat fällt noch hinter seinen bereits untauglichen Vorschlag für die BVG-Reform zurück. Er will die Renten kürzen, dafür den Versicherungen noch mehr Geld zuschanzen. Besonders Frauen sollen drastisch mehr bezahlen.

LEERE VERSPRECHEN: Das Frauenkomitee um GLP-Nationalrätin Kathrin Bertschy (Mitte) hatte für ein höheres Rentenalter für Frauen geweibelt, dafür bessere Pensionskassenrenten versprochen. FOTO: KEYSTONE

CLEMENS STUDER

Ach, was haben sie schalmeit, die rechten und bürgerlichen Frauen vor der Abstimmung über die AHV 21. Selbstverständlich seien die Frauen bei den Löhnen benachteiligt. Und selbstverständlich auch bei den Renten. Aber zuerst müsse jetzt mal bei der AHV «Gleichberechtigung» erreicht werden – und darum das Pensionsalter der Frauen erhöht, obwohl diese bereits heute 30 Prozent weniger Rente erhalten als Männer. Die Renten-Ungleichheit werde dann bei der BVG-Revision angegangen. Diese «Argumentation» war damals schon durchschaubar, dürfte aber trotzdem einen entscheidenden Beitrag zum Mini-Ja zum Rentenklau an den Frauen vom 25. September beigetragen haben.

Ältere Arbeitende sollen für ihre eigene Rentenkürzung bezahlen, und zwar happig.

SCHLIMMER ALS GEDACHT

Keinen Monat nach der Abstimmung zeigt es sich jetzt, was von den Renten-Versprechungen bürgerlicher Frauen zu halten ist: nichts. Entweder, weil sie diese nicht halten wollen, weil ihre Parteien von der Finanzindustrie gesponsert werden. Oder weil sie nicht können, weil ihre Parteikollegen nicht wollen. Das Ergebnis bleibt das gleiche.

Die Sozialkommission des Ständerates stellte am 14. Oktober seinen neuen Vorschlag einer BVG-Reform vor. Er ist noch untauglicher als der Vorschlag vor einem halben Jahr. Die Eckpunkte: Der Umwandlungssatz wird dauerhaft gesenkt, aber nur während einer kurzen Übergangszeit kompensiert. Weder Arbeitgeber noch Bestverdienende beteiligen sich daran. Das bedeutet konkret: Ältere Arbeitnehmende bezahlen für ihre eigene Rentenkürzung, jüngere bezahlen mit – haben aber selbst keinen Anspruch auf Rentenerhöhungen. Nicht einmal für einen Viertel aller Versicherten soll die Senkung des Umwandlungssatzes voll kompensiert werden. Über die Hälfte der Übergangsgeneration soll leer ausgehen.

WAS RUFT HELVETIA?

Frauen sind dringend auf Rentenverbesserungen angewiesen. Das sagten sogar die bürgerlichen AHV-Abbauerinnen. Und das soll nach der Erhöhung des AHV-Alters bei den Pensionskassen geschehen. Das galt aber ganz offensichtlich nur bis zum 25. September. Laut Ständeratskommission sollen Frauen weiterhin Jahrzehnte auf bessere Renten warten – und bis dahin drastisch mehr bezahlen. Ganz konkret: Bei einem Jahreslohn von 25 000 Franken steigen die Kosten für die Versicherten um knapp 8 Lohnprozente auf 160 bis 250 Franken pro Monat – erhalten werden sie dafür in 40 Jahren eine monatliche Rente von knapp 500 Franken.

So sieht bürgerliche Rentenpolitik für Frauen aus. Helvetia ruft «Aua!».

Prämienschock: Ständerat spielt weiter auf Zeit

Kleine und mittlere Einkommen belasten geht der rechten Ständeratsmehrheit leicht von der Hand (siehe Artikel). Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen entlasten – oh, das dauert. Bereits zum zweiten Mal hat der Ständerat die dringend nötige Entlastung bei den Krankenkassenprämien auf die lange Bank geschoben. Der Nationalrat hat gegen die Stimmen der rechten Parteien SVP, FDP und GLP die Prämienverbilligungen für 2023 einmalig erhöht. Das ist dringend nötig, denn durchschnittlich steigt die Prämie um 6,6 Prozent, in vielen Kantonen ist es mehr.

UNSOZIAL. Bereits heute ist die Prämienlast für viele Haushalte kaum mehr zu tragen. Das Krankenkassenwesen in der Schweiz ist mit Kopfprämien extrem unsozial finanziert. Die Milliardärin bezahlt gleich viel für die Grundversicherung wie die Reinigerin. Das will die Prämienentlastungsinitiative der Gewerkschaften und der SP ändern. Sie fordert, dass kein Haushalt mehr als 10 Prozent des verfügbaren Einkommens für Krankenkassenprämien ausgeben muss. Der Nationalrat hat einen brauchbaren Gegenvorschlag beschlossen. Aber auch hier spielt der Ständerat Eile mit Weile und hat die Behandlung verschoben. (cs)

Unia und Uhrenarbeitgeber einigen sich auf Teuerungsausgleich

Jetzt gibt es bis zu 6,1 Prozent mehr Lohn

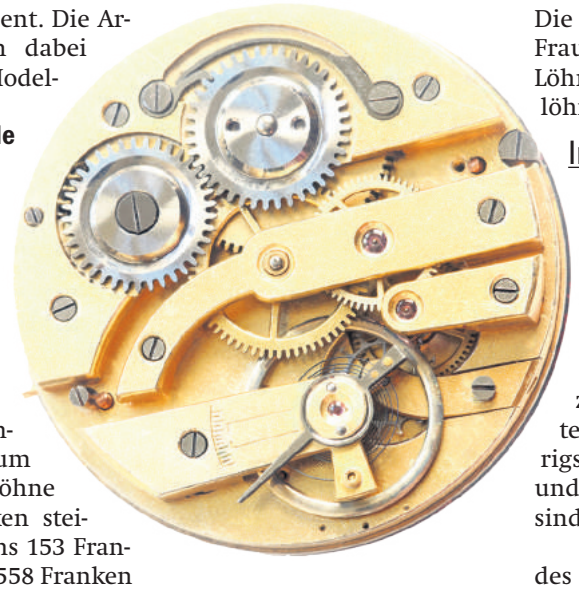
In der Uhrenindustrie sind rund 50 000 Menschen dem GAV unterstellt. Jetzt haben die Unia und der Arbeitgeberverband den Teuerungsausgleich verhandelt. Das Ergebnis ist sehr gut.

CLEMENS STUDER

Jedes Jahr verhandelt die Unia mit dem Arbeitgeberverband der Uhrenindustrie über den Teuerungsausgleich. Der ist dieses Jahr besonders wichtig, weil die seit Jahrzehnten wieder massiv ansteigende Inflation die Kaufkraft der Lohnabhängigen massiv schwächt. Das diesjährige Ergebnis kann sich mehr als sehen lassen.

Konkret: Als Ausgleich für die Teuerung werden die niedrigsten Löhne ab dem 1. Januar 2023 um 3,6 bis 6,1 Prozent erhöht. Im Durchschnitt aller Löhne beträgt der Teuerungsausgleich 3,5 Prozent. Die Arbeitgeber können dabei zwischen zwei Modellen wählen:

- **Das pauschale Modell:** Sie erhöhen alle Löhne in ihrem Unternehmen um pauschal 191 Franken.
- **Das differenzierte Modell:** Die Löhne zwischen 4372 und 6558 Franken erhöhen sich um 3,5 Prozent. Die Löhne unter 4372 Franken steigen um mindestens 153 Franken, Löhne über 6558 Franken steigen um höchstens 230 Franken.



NICHT GOLDIG, ABER BESSER: Die Löhne der Uhren-Arbeitenden steigen ab Januar. FOTO: ADOBE STOCK

TIEFSTLÖHNE PROFITIEREN

Die Unia fordert die Arbeitgeber auf, vorzugsweise das pauschale Modell anzuwenden. Denn Lohnabhängige mit tiefen Löhnen sind von der Inflation am härtesten betroffen. Die Mehrheit davon sind Frauen. Für die tiefsten Löhne – es sind die Mindestlöhne für Ungelernte – entspricht die pauschale Zulage einer Lohnerhöhung zwischen 4,5 und 6,1 Prozent. Mit der differenzierten Zulage würden die niedrigsten Löhne zwischen 3,6 und 4,9 Prozent steigen. Das sind zentrale Verbesserungen.

Im kommenden Frühling folgen GAV-Verhandlungen.

Das jährliche Aushandeln des Teuerungsausgleichs ist im GAV verankert. Basis ist jeweils die August-Teuerung und der Median-Lohn der Branche. Im nächsten Frühling beginnen in der Uhrenindustrie die Verhandlungen über die GAV-Erneuerung.

STARKES GESPANN: Yelines Hofer und Kurt Wyssbrod handelten jüngst den neuen GAV für Malerinnen und Gipser mit aus.

Yelines Hofer (30) und Kurt Wyssbrod (68) wissen, was sich in der Maler-Gipser-Branche ändern muss

«Schau, der Respekt fürs Handwerk kommt wieder!»

Der neue GAV für Malerinnen und Gipser bringt faire Regeln für Teilzeitarbeit und weniger Lohnabzüge. Auch dank Yelines Hofer und Kurt Wyssbrod. Mit work haben die beiden über geizige Auftraggeber und Jammeri-Patrons gesprochen.

CHRISTIAN EGG | FOTOS FRANZISKA SCHEIDEGGER

Was für ein Kontrast! Kurt Wyssbrod, 68, im weissen Maler-Übergwändli, und Yelines Hofer, 30, mit blaugrünen Haaren. Nebeneinander stehen die beiden im Feierabend-Gewimmel am Bahnhof Bern. Was sie vereint: ihr Engagement in der Unia – und die Leidenschaft für den Malerberuf. Wyssbrod zählt auf: «Du kannst kreativ sein, du arbeitest ohne Chef im Nacken, machst immer was Neues – und am Ende des Tages siehst du das Resultat.» Hofer nickt. Fast genauso hat sie's diesen Frühling im work-Portrait auch gesagt **(rebrand.ly/yelines).**

Heute treffen sich die beiden fürs work-Gespräch über den neuen Gesamtarbeitsvertrag für Maler und Gipserinnen (siehe Box). Und darüber, was die Branche bewegt. Zum Beispiel Chefinnen und Chefs, die vom Handwerk nichts mehr verstehen. Yelines Hofer stellt fest: «Immer mehr Betriebe werden von Bürolisten geführt.» Kurt Wyssbrod widerspricht: es gebe doch noch viele Malermeister. «Findsch?» erwidert Hofer. Das Problem sei, dass viele gleich nach der Lehre die Meisterprüfung in Deutschland ablegten. Das sei günstiger, und es würden nicht fünf Jahre Berufspraxis verlangt wie in der Schweiz. Sie habe in den letzten Jahren sicher acht oder neun Leute erlebt, die das so gemacht hätten. «Hey, die arbeiten schlechter als ein Stift im ersten Lehrjahr. Und das sind die, die einen Betrieb führen!» Wyssbrod ist baff: «Tatsächlich?»

«Es ist erstaunlich: Als alter Fachmann bin ich sehr gefragt.»
KURT WYSSBROD, MALER

DIE GRÖSSTEN PREISDRÜCKER

Einig sind sich die beiden hingegen, wer der mühsamste Auftraggeber sei: die öffentliche Hand. Wyssbrod: «Das sind die grössten Preisdrücker.» Und jedesmal gebe es ein Gschtürm, ergänzt Yelines Hofer. Und erzählt von einem Schulhaus, das sie mal gestrichen hat. «Die Säulen hellgrau, Wände und Decken weiss, wie abgemacht.» Bei der Abnahme habe die Chefin der Behörde reklamiert, die grauen Säulen gefielen ihr nicht, sie habe es doch anders angeordnet. Hofer: «Super. Irgendjemand hatte die Farben vertauscht. Und wir konnten dann zwei Nachtschichten einlegen und alles nochmals streichen. Die Säulen weiss, den Rest hellgrau.»

Wyssbrod nickt. Früher hätten Abmachungen «verhebt», sagt er. Auch der Stellenwert der Handwerksarbeit sei höher gewesen. «Als ich ein Bub war, da trug der Maler unter dem Übergwändli ein Hemd mit Krawatte. Der war eine angesehene Person!»

Hofer lächelt und sagt: «Du wirst sehen, der Respekt fürs Handwerk kommt wieder!» Jetzt fehlten überall die Fachkräfte, sagt sie. Gutes Handwerk werde rar. «Kurt, du bist das beste Beispiel. Dass du auch tapezieren kannst, das ist eine Rarität.» Stimmt, sagt dieser. Nach der Pensionierung hat sich der Berner selbständig gemacht und ist heute als Ein-Mann-Betrieb voll ausgelastet. «Kürzlich musste ich sogar im Wallis aushelfen, weil sie niemanden fanden. Es ist erstaunlich: Als alter Fachmann bin ich sehr gefragt.» Jetzt lacht auch er, lehnt sich zurück und nimmt einen Schluck Bier.

«Es geht darum, diesen coolen Beruf vorwärtszubringen.»
YELINES HOFER, MALERIN

GEGEN GRATISARBEIT

Die beiden kennen sich jetzt bald anderthalb Jahre. Zusammen haben sie die Unia-Basis in den Verhandlungen zum neuen GAV vertreten. Wyssbrod tut dies schon seit 30 Jahren und bezeichnet sich deshalb als «Fossil» Hofer stiess dieses Mal neu dazu. Am meisten gestritten habe man darüber, ob der Weg zur Baustelle als Arbeitszeit zähle, sagen beide. Bisher gilt: Eine Anfahrt von bis zu einer halben Stunde muss nicht bezahlt werden. Das sei schlecht, sagt Hofer: «Viele Firmen ziehen einfach jeden Tag eine halbe Stunde ab, auch wenn die Fahrzeit kürzer war. Das geht doch nicht!» Die Gewerkschaften wollten entweder diese Gratisarbeit abschaffen oder zumindest eine Pflicht zur Dokumentierung der Fahrzeit einführen. Wyssbrod: «Aber da jammern die Meister sofort, das sei zu viel Aufwand.» Jetzt werden immerhin Empfehlungen erarbeitet.

Hofer holt für beide noch einen Kaffee. Dann sagt sie: «Mit der Zeit merkst du, wo nichts zu holen ist und wo's Spielraum gibt.» Den gab's zum Beispiel bei den Löhnen und bei den Prämien für die Taggeldversicherung. Hofer ist erleichtert, dass die Chefs neu die Hälfte davon bezahlen: «Das war überfällig!» Wyssbrod sagt dagegen, besonders stolz sei er auf die fairen Regeln zur Teilzeit: «Das ist ein Novum auf dem Bau!»

GUT GELAUNT: Die beiden Berufsleute haben viel zu erzählen.

EINEN TAG MEHR FERIEN? KEINE CHANCE

Aufgelaufen sei man mit der Forderung nach mehr Ferien. 22 Tage sah der alte Vertrag vor, jetzt wollten die Gewerkschaften 23. Einen Tag mehr – aber das war chancenlos. Wyssbrod: «Dann kommt sofort das Argument der Patrons, sie verdienten jetzt schon zu wenig.» Hofer lacht: «Ja genau. Sie verdienen immer zu wenig!» Wyssbrod grinst breit und sagt: «Sie sind ganz armi Sieche, das muss man mal festhalten.»

Hofer schaut auf die Uhr. Am nächsten Morgen müssen die beiden wieder früh raus. Vor dem Verabschieden sagt die Malerin noch: «Einen GAV zu machen, das sollte kein Gegeneinander sein. Sondern ein Miteinander. Es geht darum, diesen coolen Beruf vorwärtszubringen.»

Das bringt der neue GAV

Der Bundesrat hat den neuen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für Malerinnen und Gipser auf den 1. Oktober in Kraft gesetzt. Er ist für die ganze Branche verbindlich und bringt folgende Neuerungen:

- Mehr Lohn für alle: bis 2024 jedes Jahr plus 50 Franken.
- Höhere Mindestlöhne in allen Kategorien.
- Neu ist im GAV geregelt, was bei Teilzeitarbeit gilt.
- Die Arbeitgeber zahlen neu die Hälfte der Krankentaggeldprämien. Dadurch steigt der Nettolohn.
- Vaterschaftsurlaub zum vollen Lohn (statt 80%).

Swiss-Piloten drohen mit Streik

ZÜRICH. Am Zürcher Flughafen könnte es zu einem historischen Streik kommen. Die Pilotinnen und Piloten der Swiss stimmten mit über 90 Prozent für eine Arbeitsniederlegung. Darauf hat die Swiss reagiert und der Gewerkschaft Aeropers Gespräche angeboten. Diese finden nun am Wochenende statt. Das Ziel: einen Gesamtarbeitsvertrag aushandeln. Denn seit April fliegen die Pilotinnen und Piloten ohne GAV. Am Zürcher Flughafen herrscht Kampfstimmung: Erst gerade gelang es dem Bodenpersonal, dem Flugabfertiger Swissport nach zähen Verhandlungen einen neuen GAV abzuringen (siehe Seite 6).

Lohn-Jubel bei der Frauen-Nati

ZÜRICH. Die Schweizer Spitzenfussballerinnen können jubeln – und zwar gleich doppelt: Sie haben sich für die Weltmeisterschaften 2023 in Australien qualifiziert. Und

DOPPEL-SIEG! Torschützin Fabienne Humm macht's möglich. FOTO: KEYSTONE

bekommen deshalb jetzt endlich eine Prämie, die bisher nur den Männern zustand. Die Credit Suisse als Hauptsponsorin des Schweizer Fussballverbands hatte im Sommer entschieden, «ab sofort» die gleichen Prämien für Fussballerinnen und Fussballer zahlen zu wollen, die restlichen Sponsoren ziehen spätestens 2024 nach.

41 Mineure sterben nach Berg-Unglück

AMASRA (TR). In einem Bergwerk bei der türkischen Hafenstadt Amasra kam es zu einem tragischen Arbeitsunfall. Bei einer Explosion in einer Kohlenmine wurden 110 Arbeiter in 300 Meter Tiefe eingeschlossen. 41 Arbeiter starben, 58 Mineure konnten die Mine noch rechtzeitig verlassen oder gerettet werden. Weitere vermisste Bergarbeiter werden weiterhin gesucht. Das Grubenunglück ist kein trauriger Einzelfall: In den vergangenen Jahren kam es in der Türkei wegen ungenügender Sicherheitsvorschriften bereits zu mehreren Minenunfällen.

«Digitalisierungs»-GAV für H&M

BERLIN. Bei der Digitalisierung reden die Beschäftigten mit: Das haben die Gewerkschaft Verdi und der Modekonzern H&M vereinbart. Für gut 14000 Mitarbeitende in 441 Filialen in Deutschland gilt neu ein «Digitalisierungs-Tarifvertrag». Die Mitarbeitenden können Vorschläge zur digitalen Zukunft von H&M einbringen und haben Anspruch auf Weiterbildung.
Leena Schmitter, Co-Verantwortliche Detailhandel bei der Unia, begrüsst das. Und stellt klar: «Auch bei uns braucht es für die Digitalisierung die passende Weiterbildung. Nicht nur für leitende Angestellte, sondern für alle Verkäuferinnen und Verkäufer.»

ILLU: NINOTCHKA.CH

Die Briefträgerin & der Briefkasten

«Briefkasten» ist ein unpräziser Begriff, jedenfalls im Postjargon. Denn da gibt es die HBK, die Hausbriefkästen, und dann die «Briefeinwürfe», das sind die gelben am Strassenrand, die immer seltener

Katrin Bärtschi ist frisch pensionierte Briefträgerin in Bern und Gewerkschafterin.

geleert und von denen kürzlich etliche entfernt wurden.

Und dann ist da noch der, welcher neben den Lavabos im Boten- und Botinnenraum still vor sich hinhängt. Angeschrieben mit «PeKo». Ausgeschrieben: «Personalkommission». «Weisst du, wo sich der PeKo-Briefkasten befindet?» fragte die Briefträgerin kürzlich einige Kolleginnen und

«Briefkasten» ist im Postjargon ein sehr unpräziser Begriff.

Kollegen. Die wenigsten wussten es. Der Spassvogel ging so weit zu fragen: «PeKo, was ist das?»

GRÜSSE. Pedro, ein anderer Kollege mit einem anderen Humor, sagte: «Ich schreib mal was, herzliche Grüsse oder so, und schaue, was passiert.» Dabei hätten die PeKos bei der Post «unheimlich viel Mitsprache- und sogar Mitentscheidungsrecht», wie der Regionalsekretär der Gewerkschaft Syndicom es ausdrückt. Und: «Ein Reglement, wie man es sonst in der Schweiz nirgends findet, und trotzdem nutzt diese Möglichkeit fast niemand. Die PeKos auszubauen, zu stärken, zu bilden scheint auf der Mitarbeitendenseite 1 von 100 zu interessieren. (...) Kommt dazu, dass die Post die PeKos kleinredet, sie, böse gesagt, manchmal sogar zu verhindern versucht.» Aber Syndicom und die Unia haben Pläne, das gemeinsam zu ändern. Wobei der Weg zurück ein langer sei, «wenn man erst mal davon abgekommen ist. Damit meine ich in etwa das letzte Jahrzehnt», gibt der Gewerkschafter zu bedenken.

BRATWÜRSTE. Dieser Briefkasten könnte also auch ein Zugangspunkt zur Gewerkschaft sein, zur Organisation, die sich für die Rechte der Arbeitenden einsetzen soll und einsetzt. Rechtlich, vertraglich, im Alltag und politisch. Und mit ihren Publikationen.

Eine kämpferische und selbstbewusste Gewerkschaftsführung ist wichtig und massgeblich. Aber letztlich ist eine Gewerkschaft so stark wie ihre Basis. Dass diese sich für mehr als die regelmässig dargebotenen gewerkschaftlichen Bratwürste interessiert, ist matchentscheidend.

ÖV-Streik in Genf: Während 36 Stunden stand alles still

Busfahrerinnen und Tramfahrer erstreiken sich mehr Lohn

Nach eineinhalb Tagen Streik knickte die Leitung der Genfer Verkehrsbetriebe ein.

JÉRÔME BÉGUIN

Einen Tag lang legten die Beschäftigten der Genfer Verkehrsbetriebe den öffentlichen Verkehr lahm. Doch die Leitung der Verkehrsbetriebe brauchte etwas Nachdruck, und so verlängerten die TPG-Mitarbeitenden kurzerhand den Streik. Prompt erklärte die TPG-Direktion den zweiten Streiktag wegen fehlender Vorankündigung sogar für unzulässig – als ob ein Streik auf einen einzigen Tag beschränkt sein sollte. Trotzdem akzeptierte sie schliesslich die Forderung der Streikenden nach dem automatischen Teuerungsausgleich.

Zuvor hatten die TPG unter dem Vorwand der schlechten Ergebnisse während der Corona-Pandemie beschlossen, das Personalstatut nicht anzuwenden. Dieses garantiert für 2022 eine Indexierung der Gehälter auf der Grundlage des Vorjahres, also eine Lohnerhöhung von 1,2 Prozent. Stattdessen boten die TPG eine Prämie von 500 Franken an. Die Mitglieder der Gewerkschaften SEV und Transfair lehnten diesen Kuhhandel ab. Sie reichten eine Streikankündigung für den 28. Juni ein. Darauf antwortete die TPG-Geschäftsleitung mit einem neuen Vorschlag: dem halben Teuerungsausgleich und einer Prämie von 400 Franken. Doch auch auf diesen Deal liessen sich die TPG-Mitarbeitenden und die Gewerkschaften nicht ein. Stattdessen kam es am 12. Oktober zum Streik.

VERHINDERUNGSVERSUCH

Vor dem Streik hatte die TPG-Geschäftsleitung einen seltsamen Mini-Fahrdienst organisiert: Am späten Abend des 11. Oktober wies sie etwa 180 Busfahrerinnen und -fahrer an, ihre Fahrzeuge ausserhalb der Depots und am Strassenrand zu parkieren. Obwohl sie noch nicht an ihrem Ziel angekommen waren, mussten die Fahrgäste aussteigen und, wie auch die Chauffeurinnen und Chauffeure, zu Fuss nach Hause gehen. Die TPG-Leitung wollte damit verhindern, dass die Streikenden die Ausfahrt der Busse aus den Depots blockierten. Doch umsonst. Obwohl die Geschäftsleitung sogar Mitarbeitende aus den Ferien zurückholte, konnte am 12. Oktober nur jedes vierte Fahrzeug fahren. Rund 600 TPG-Mitarbeitende streikten. Der Mechaniker und Leiter der SEV-TPG-Sektion, Vincent Leggiero, sagt: «Wir haben immer gearbeitet. Während der Pandemie und auch während der Hitzewelle. Wir sind keine Blockierer, sondern Streikende. Wir kämpfen um unsere Kaufkraft.»

Jetzt gibt's den vollen Teuerungsausgleich und 400 Franken Prämie.

GUT GELAUNT UND KAMPFBEREIT: Eine Streikequipe der kantonalen Verkehrsbetriebe am frühen Morgen vor ihrem Depot in Genf. FOTO: SEV

STREIKMACHT

SEV-Präsident Giorgio Tuti war vor Ort und war von den Streikenden beeindruckt: «Man spürt eine gute Dynamik, die Beschäftigten verstehen gut, was auf dem Spiel steht, das macht Freude.» Auch Alejo Patiño, Gewerkschaftssekretär der Unia Genf, bekundete seine Solidarität mit den Streikenden: «Der Kampf, den ihr heute führt, ist wesentlich für euch, aber auch für die Beschäftigten im öffentlichen und im privaten Sektor, denn alle Kämpfe der Arbeitnehmenden sind miteinander verbunden.»

Die Vereinbarung wird in zwei Schritten umgesetzt: plus 0,6 Prozent rückwirkend ab September und plus 0,6 Prozent ab Januar. Dazu kommt die Prämie von 400 Franken. Gewerkschafter Leggiero: «Natürlich hätten wir lieber schon jetzt die volle Lohnerhöhung gehabt, aber wichtig ist, dass wir sie bekommen, auch wenn es erst ab Januar ist. Wir haben unsere Stärke gezeigt. Die Geschäftsleitung, die den Streik von 2014 nicht erlebt hat, kann uns jetzt nicht mehr länger ignorieren.» 2014 hatten die Beschäftigten der TPG mit Streik einen geplanten Stellenabbau verhindert und die Beibehaltung der Lohnmechanismen und der Errungenschaften für die Rentner erreicht.

Dieser Artikel erschien zuerst am 19. Oktober 2022 in der Westschweizer Unia-Zeitung «L'Evénement syndical».

Es brodelt: Auch Staatsangestellte streiken

Am 12. Oktober legten auch die Genfer Staatsangestellten die Arbeit nieder. Der Staatsrat hatte einen Haushaltsentwurf für 2023 vorgelegt, der weder den Teuerungsausgleich noch die jährlichen Lohnerhöhungen vorsah. 1500 Personen protestierten in der Innenstadt, rund 880 Staatsangestellte beteiligten sich am Streik. (jb)

Anwalt und SP-Nationalrat Christian Dandrès will Gesetzeslücken stopfen

Damit Uber & Co. nicht mehr tricksen können

Plattformdienste wie Uber schlängeln sich an Gesetzen und Gerichten vorbei und führen ihr Dumping-Modell ungehindert weiter. SP-Nationalrat Christian Dandrès will das jetzt stoppen.

CHRISTIAN EGG

Beim amerikanischen Fahrdienst Uber ist es eigentlich ganz einfach. In der Schweiz ist er Arbeitgeber. So hat es das Bundesgericht diesen Sommer aufgrund einer Klage des Kantons Genf entschieden. Also muss der Konzern seinen Fahrerinnen und Fahrern einen schriftlichen Arbeitsvertrag ausstellen und Sozialleistungen bezahlen. Alles andere ist gesetzeswidrig (work berichtete: **rebrand.ly/uber-urteil).**

Schluss mit dem juristischen Guerrillakrieg.

Aber Uber lässt das kalt. Wenige Tage nach dem Urteil machte die Firma klar: Ausserhalb von Genf werde man die Fahrerinnen und Fahrer weiterhin als Selbständige behandeln. Anfang Oktober verspricht Uber dann allen Fahrerinnen und Fahrern «Wahlfreiheit», ob sie selbständig oder bei einer Drittfirma angestellt sein wollen. Laut Einschätzung der Unia sind beide Möglichkeiten nicht gesetzeskonform. Aber bis ein Gericht dies rechtskräftig feststellt, kann Uber sein Modell erneut ändern – und weiter abkassieren.

CHRISTIAN DANDRÈS will, dass Plattformen künftig beweisen müssen, dass sie keine Arbeigeber sind. FOTO: THIERRY PORCHET

Der Genfer Anwalt und SP-Nationalrat Christian Dandrès will nun diesem, wie er sagt, «juristischen Guerrillakrieg» ein Ende setzen. Denn auch in der digitalen Plattformwirtschaft, also bei Firmen wie Uber, Smood & Co. müssten die Gesetze eingehalten werden. Aud diesem Grund hat Dandrès jetzt eine parlamentarische Initiative eingereicht. Mit drei einfachen Forderungen:

1. GRUNDSÄTZLICH ARBEITGEBER: Digitale Plattformen sollen laut Gesetz grundsätzlich als Arbeitgeber gelten. Jurist Dandrès spricht von einer «widerlegbaren Vermutung»: Will eine Plattform geltend machen, die Beschäftigten seien Selbständige, so muss sie dies belegen. Und nicht umgekehrt. Genau dies sieht auch ein Entwurf der EU-Kommission für eine verbindliche Richtlinie vor. Im Mai stimmte das EU-Parlament zu und will den Schutz der Plattform-Arbeitenden weiter ausbauen.

2. HER MIT DEN DATEN: Die Plattform muss den Beschäftigten alle Daten zur Verfügung stellen, die sie über sie sammelt. Zum Beispiel Arbeitszeiten oder gefahrene Kilometer. Dandrès: «Nur mit diesen Angaben kann jemand kontrollieren, ob er oder sie korrekt entschädigt wird.»

3. TRANSPARENTE FAHRTENZUTEILUNG: Die Plattformen müssen den Mitarbeitenden erklären, nach welchen Kriterien sie die Aufgaben verteilen. Heute sei dies völlig undurchsichtig, kritisiert Dandrès. Immer wieder berichteten Uber-Fahrerinnen und -Fahrer, dass sie am Anfang sehr viele Fahrten zugeteilt bekommen hätten, später immer weniger. Oder dass es schwieriger sei, eine Fahrt zu bekommen, nachdem sie die App eine Zeitlang ausgeschaltet hätten. Um solche «Fallen», so Dandrès, zu unterbinden, sollen die Firmen zur Transparenz verpflichtet werden.

UBER IN GENF:

KEIN MACHTWORT

Der umstrittene Fahrdienst Uber darf vorerst in Genf weiter aktiv sein, ohne sich ans Gesetz zu halten. Der Kanton hat ihm die Bewilligung nicht wie angekündigt entzogen.

INAKZEPTABEL. Ursprünglich hätte für Uber in der Rhonestadt am 15. Oktober Schluss sein sollen, sofern sich der Konzern nicht mit den Gewerkschaften einigt (work berichtete: **rebrand.ly/uber-verhandlung).** Diese hatten berechnet, dass den Fahrerinnen total 45 Millionen Franken an Lohnnachzahlungen und Kilometerspesen zustehen. Doch ein letztes Angebot von Uber lag bloss bei 5 Millionen. Inakzeptabel, fand die grosse Mehrheit der Fahrer. Kurz vor Ablauf verlängerte die Genfer Regierung nun die Frist bis zum 15. November: Sie prüfe einen weiteren Vorschlag von Uber. Roman Künzler von der Unia redet Klartext: «So geht das nicht! Der Staat muss endlich das Recht durchsetzen.» (che)

FORZA! Tausende am Bau-Protest in Bellinzona – und bald in der ganzen Schweiz. FOTO: TI-PRESS

LMV auf der Kippe, doch die Bau-Büezer stehen auf:

Und die Protestwelle rollt!

Im Ringen um den Landesmantelvertrag haben im Tessin 2500 Bauarbeiter gestreikt. 80 Prozent der Baustellen standen still. Die Meister sind nervös, denn da kommt noch mehr.

JONAS KOMPOSCH

Montagmorgen, 6 Uhr am Bahnhof Bellinzona. Noch ist weit und breit kein Pendler zu sehen, eine Touristin erst recht nicht. Nur eine Gruppe in signalroten Jacken steht schon am Bistro und bestellt Espresso. Es ist das Team von Unia-Gewerkschafter Igor Cima. Auf ihn wartet heute eine besondere Büez. Schliesslich ist es der 17. Oktober – und damit ein Streiktag! Im ganzen Kanton soll das Bauhauptgewerbe stillstehen. So haben es die Tessiner Bauarbeiter an ihrer September-Versammlung beschlossen – aus Protest gegen die Angriffe auf den Landesmantelvertrag (LMV) seitens des Schweizerischen Baumeisterverbands (SBV). Cima trommelt seine Leute zusammen. «Einfach wird es nicht überall!» warnt er. Einige Belegschaften seien von den Chefs stark unter Druck gesetzt worden. Hie und da gehe nun die Angst um – trotz der anfänglichen Streikzusage der Büezer. Deshalb teilt Cima die Anwesenden in Kleingruppen auf. Ihre Aufgabe: Baustellenbesuche und Streikkontrollen. Noch vor dem grossen Morgenverkehr schwärmen sie aus – ins Locarnese, die Leventina oder die Magadinoebene.

Protesttage: Bald geht's weiter!

Auf das Tessin folgen Streiks in der Deutschschweiz und der Suisse romande. Und zwar an diesen Daten:

DIENSTAG, 1. NOVEMBER: Nordwestschweiz. **Protestmarsch in Basel.**

MONTAG UND DIENSTAG, 7./8. NOVEMBER: Westschweiz. **Demos** am **Montag in Genf** und am **Dienstag in Lausanne.**

FREITAG, 11. NOVEMBER: Zürich, Bern, Ostschweiz, Zentralschweiz. **Überregionale Demonstration in Zürich**.

Zeitgleich startet ein Luganeser Gewerkschaftsteam von Süden her. work fährt auf den Monte Ceneri mit, wo der Zürcher Baukonzern Walo die Passstrasse saniert. Aber hier heisst es niente sciopero, weiterchrampfen!

«DA SEID IHR JA ENDLICH!»

So will es der Bauriese. In diesem mischt auch FDP-Nationalrat Christian Wasserfallen zünftig mit. Er gilt als politischer Scharfmacher, auch im SBV, wo er im obersten Führungsgremium sitzt. Auf der Ceneri-Baustelle treffen jedenfalls auch heute Arbeiter ein. Es sind mehrheitlich italienische Grenzgänger. Viele sind auffällig wortkarg, gehen mit gesenktem Blick an den Gewerkschaftern vorbei, schnurstracks in die Baracken. Nur zwei Arbeiter wollen sich sofort dem Streik anschliessen und runter nach Bellinzona ans grosse Bauarbeitertreffen. «Wie abgemacht», sagt einer. Doch der andere erklärt: «Die meisten Kollegen haben leider den Mut verloren. Denn heute schleichen hier plötzlich viele Vorgesetzte herum. Und gestern gab es eine Ansage von oben.» Leichter voran geht's dafür in den nächsten Ortschaften.

Die Meister pochen stur auf die 58-Stunden-Woche.

Dort zeigt sich überall dasselbe Bild: Auf den meisten Baustellen sind nur noch Gerüstmonteure, Malerinnen oder Stromer unterwegs – aber nicht Berufsleute des Bauhauptgewerbes. Und jene Maurer, die noch am Werk sind, haben oft nur auf die Gewerkschaft gewartet. «Da seid ihr ja endlich!» freut sich ein Polier in Mezzovico, als er die roten Unia-Jacken sieht. Zehn Minuten später ist die Baustelle menschenleer. Und bald auch eine zweite und dritte. Das ganze Ausmass des Streiks wird erst in Bellinzona sichtbar.

BARBERA IM FESTZELT

Im dortigen Parco urbano versammeln sich bis zum Mittag 2500 Bauarbeiter. Ein grosses Hallo beginnt. Schliesslich kennt man sich im Kleinkanton. Und gekommen sind auch komplette Belegschaften. João Costinho*, Strassenbauer bei Mancini-Marti, sagt zu work: «Unsere Firma streikt geschlossen, total 320 Kollegen!» Auch Maurer Marco d'Asti* vom Tessiner Hochbau-Leader Garzoni sagt: «Unser Geschäft hat heute gar nicht erst geöffnet, es fehlen praktisch alle 200 Arbeiter.» Die Unia und die Gewerkschaft OCST schätzen: 80 Prozent der Baustellen ruhen! Regiosekretär Giangiorgio Gargantini präzisiert: «In der Region Lugano läuft praktisch keine Baustelle mehr. Das habe ich eigenhändig überprüft.»

Etwas verspätet trifft auch noch eine Mannschaft in oranger Berufskleidung ein. Es sind die Strassenbauer vom Ceneri! Eine Carladung voller Streiker aus Lugano hat an der Passstrasse gestoppt, den Walo-Büezern Mut gemacht und sie gleich mitgenommen. Umso besser schmeckt nun das Zmittag im Festzelt. Pasta al ragù gibt es, dazu einen soliden Barbera und zum Dessert Caffè corretto. Aber schon vor dem Schmaus ist die Stimmung gelöst. Das ist beachtlich, denn objektiv gäbe die Lage auch Grund zur Sorge.

MIT HUMOR AM STREIK

SBV-Funktionäre und Baumeister haben in den vergangenen Tagen nämlich wiederholt: Lohnerhöhungen soll es nur im Gegenzug für «Flexibilisierungen» geben, sprich für radikale Vertragsverschlechterungen à la 58-Stunden-Woche und Arbeit auf Abruf (work berichtete: **rebrand.ly/sbv-eskaliert).** Bei den Tessiner Baubüezern aber überwiegt eindeutig Optimismus. Oder ist es Vertrauen in die eigene Kraft? Jedenfalls nehmen sie's sogar mit Humor: Als sich endlich ein Protestmarsch formiert, drängt ein älterer Büezer ans Fronttransparent und grinst in eine TV-Kamera. «Duck dich!» ruft ein Kollege, «sonst landest du auf der schwarzen Liste!» Schallendes Gelächter. Diese Atmosphäre ist auch Nico Lutz aufgefallen, der als Unia-Sektorleiter Bau seit dem frühen Morgen unterwegs war. Er sagt: «Die grosse Beteiligung und die Entschlossenheit der Bauarbeiter, insbesondere auch von vielen Jüngeren, das hat mich enorm beeindruckt.»

Betont unbeeindruckt gab sich dagegen Nicola Bagnovini, der oberste Baumeister des Tessins. Es seien, soweit er wisse, «vor allem Strassenbaustellen» bestreikt worden, sagt er tags darauf zu work. «Mehrere Firmen» des Hoch- und Tiefbaus seien hingegen «voll ausgelastet» gewesen. Eine gespielte Coolness, wie die Reaktion des nervös gewordenen SBV zeigt: Man werde die Gewerkschaften «unmissverständlich dazu auffordern, die Proteste und Streiks abzusagen». Diesem Wunsch werden die Baubüezer aber kaum Folge leisten. Ausser der SBV vollzieht eine Kehrtwende, wenn dieses work erscheint. Dann ist die nächste LMV-Verhandlungsrunde – und zwar schon die zweitletzte!

* Namen geändert

GELÖSTE STIMMUNG: Zum Zmittag gibt's Pasta al ragù, dazu einen soliden Barbera und zum Dessert Caffè corretto. FOTO: UNIA

EHRENSACHE: Zusammen einstehen anstatt nur zusammen chrampfen, fanden die Arbeiter. Und kamen in Gruppen oder gleich mit der ganzen Equipe. FOTO: UNIA

ALLE VERSAMMELT: 2500 Baubüezer liefen an der grossen Demo in Bellinzona mit. Rund 80 Prozent der Baustellen im ganzen Kanton standen still. FOTO: TI-PRESS

Autogewerbe: Ostschweiz hat einen neuen GAV

Mehr Schutz für Automechs

Der Ostschweizer Gesamtarbeitsvertrag fürs Autogewerbe bringt mehr Schutz, Mindestlohn und Kontrolle – und soll bald zum Exportschlager werden.

JONAS KOMPOSCH

Ostschweizer Automechs dürfen sich freuen: Seit Anfang Oktober gelten in sämtlichen Garagen in den Kantonen Thurgau, St. Gallen, Appenzell Inner- und Ausserrhoden nicht nur bessere, sondern auch gleiche Mindeststandards. Denn der Bundesrat hat den seit Juni gültigen Gesamtarbeitsvertrag (GAV) für das Ostschweizer Automobilgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt. Damit gilt der GAV neu auch für Betriebe, die dem Arbeitgeberverband nicht angehören und also keine Vertragspartner der Gewerkschaften sind. Dies sei enorm wichtig, sagt Florian Kobler, Leiter GAV-Vollzug bei der Unia Ostschweiz-Graubünden, denn: «Es gibt einfach zu viele schwarze Schafe und zwielichtige Hinterhofgaragen.» Auch Rückmeldungen aus anderen Kantonen zeigten, wie wichtig ein flächendeckender GAV sei. Kobler: «Automechs aus ver-

FÜR JUNG UND ALT: Der GAV gilt neu auch für Lernende, Ältere haben einen besseren Kündigungsschutz. FOTO: KEY

tragslosen Kantonen wie Glarus, Graubünden oder Schaffhausen ärgern sich immer wieder, weil ihre Arbeitsbedingungen dem GAV deutlich hinterherhinken.»

Im Thurgau, in den beiden Appenzell und in St. Gallen gibt es hingegen schon seit 2012 einen GAV. Und auf dieses Jahr hin hatten ihn die Sozialpartner zünftig überarbeitet. Unia-Regiosekretärin Anke Gähme sagt: «Für eine Modernisierung war es höchste Zeit!» Das sei auch den Arbeitgebern klar gewesen. Denn das

«Es gibt zu viele schwarze Schafe und zwielichtige Hinterhofgaragen.»

FLORIAN KOBLER, GAV-VOLLZUG

Ringen um die knappen Nachwuchskräfte verlange attraktive Arbeitsbedingungen. Nach einer intensiven anderthalbjährigen Verhandlungsphase lag das Resultat schliesslich auf dem Tisch.

GAV AUCH FÜR LERNENDE

Die wichtigste Neuerung: Endlich profitieren auch Lernende vom GAV. Zuvor waren sie ihm nicht unterstellt. Mehr Schutz gibt's auch für Ältere. Ab 56 gilt eine um zwei Monate verlängerte Kündigungsfrist. Und Chefs müssen über die Arbeitsstunden in ihren Betrieben neu genau Buch führen. Andernfalls drohen Konventionalstrafen. Und: Neu bekommen Militär- und Zivildienstpflichtige mit Kindern 100 statt 80 Prozent Lohnfortzahlung. Um 100 Franken angehoben wurden zudem die meisten Mindestlohnkategorien.

Die Gewerkschaften kamen den Arbeitgebern dafür bei den Über- und Minderstundensaldi entgegen. Neu können per Ende Jahr 120 Überstunden aufs nächste Kalenderjahr übertragen werden. Bisher waren nur 50 Stunden erlaubt. Minusstunden dürfen neu 60 statt 50 mitgenommen werden. Für Anke Gähme ein vertretbarer Kompromiss: «Unter dem Strich ist es ein erfreuliches Resultat, von dem die ganze Branche profitiert.» Ende gut, alles gut? Nein, meint die Gewerkschafterin. Bei den Löhnen bestehe noch Handlungsbedarf. Und dass es noch immer Kantone ganz ohne Auto-GAV gibt, gehe gar nicht (Übersicht auf: **rebrand.ly/autogavs).** Gähme verrät: «Graubünden knüpfen wir uns als nächstes vor!»

Nach Streikdrohungen lenkt der Flugabfertiger Swissport ein

Jetzt ist endlich Schluss mit dem Krisen-GAV!

Die Mitarbeitenden des Flugabfertigers Swissport erstreiten sich einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Und der lässt sich sehen: 4 Prozent mehr Lohn, 500 Franken Prämie und der automatische Teuerungsausgleich.

DARIJA KNEŽEVIĆ

READY FOR TAKE OFF: Dank dem neuen GAV geht es für die Swissport-Mitarbeitenden wieder aufwärts. FOTO: PD

Eine Protestaktion und neun Verhandlungsrunden später ist es so weit: Die Mitarbeitenden von Swissport erhalten einen neuen Gesamtarbeitsvertrag. Die Verhandlungen zwischen Swissport und den Gewerkschaften SEV-Gata und VPOD sowie dem Kaufmännischen Verband waren äusserst zäh, doch das Resultat ist positiv. Mit dem neuen GAV verbessern sich die Arbeitsbedingungen für das Bodenpersonal. Denn die aktuellen sind für die Belegschaft untragbar.

Wie work berichtete **(rebrand.ly/swissport-protest),** sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Swissport völlig überbelastet. Es fehlt an Personal, Überstunden werden verlangt, und die Unzufriedenheit ist so gross, dass viele Beschäftigte frustriert kündigen.

ZURÜCK ZUM VOR-KRISEN-GAV

Als Reaktion auf die eingebrochenen Passagierzahlen und das Null-Summen-Geschäft während der Coronakrise handelte Swissport mit den Gewerkschaften 2021 einen «Krisen-GAV» aus. Dabei wurden Ferientage und Sozialleistungen gekürzt, im Gegenzug durfte Swissport keine Mitarbeitenden entlassen. Doch inzwischen läuft das Reisegeschäft wieder auf Hochtouren. Besonders während der Herbstferien arbeiteten die Büezerinnen und

Trotz Einigung bleibt die Lage bei Swissport angespannt.

Büezer von Swissport unter zusätzlichem Druck.

Damit ist jetzt aber Schluss! Den Gewerkschaften ist es gelungen, fast sämtliche ihrer Forderungen durchzusetzen. SEV-Gata-Präsident Philipp Hadorn ist zufrieden: «Wichtige Forderungen von uns konnten erfüllt werden.»

Konkret erhalten die Swissport-Mitarbeitenden nächstes Jahr mindestens 4 Prozent mehr Lohn und eine Einmalzahlung von 500 Franken. Zusätzlich wird ein automatischer Teuerungsausgleich festgelegt. Auch eine wichtige Forderung: Die Mitarbeitenden erhalten zudem eine nachträgliche Gewährung der Dienstjubiläen während der Krisenperiode. Jetzt fehlt nur noch der letzte Schritt: Seitens Swissport läuft zurzeit noch der interne Genehmigungsprozess.

WIRKSAMER PROTEST

Um ihre Forderungen durchzusetzen, mussten die Mitarbeitenden von Swissport und die Gewerkschaften Druck machen. Im Juli kündigten sie den «Corona-Krisen-GAV» auf Ende Jahr. Es folgten Protestaktionen am Flughafen Zürich, an denen sich Hunderte Mitarbeitende beteiligten. Zudem war klar: Gelingt keine Einigung, hätte es Anfang 2023 zu Streiks kommen können.

Die Situation bei Swissport bleibt auch nach der jetzigen Einigung weiter angespannt. Noch fehlen 350 bis 500 Personen, die das Gepäck sortieren, die Check-ins abfertigen oder die Flugzeuge instand halten. Denn sogar langjährige Swissport-Mitarbeitende hatten aufgrund des unerträglichen Zeitdrucks dem Unternehmen den Rücken gekehrt. Jetzt muss Swissport handeln und bessere Arbeitsbedingungen bieten, sonst steht bereits in naher Zukunft ein noch massiverer Personalmangel an.

Rechte Pseudo-Gewerkschaft Tisin bereits beerdigt – die Unia freut's

Die Tessiner Mindestlohntrickser haben sich ganz bös verzockt

Proteste, Prozesse und Parlamentswahlen – und plötzlich wollen Tessiner Lohndumper das Gesetz befolgen.

JONAS KOMPOSCH

Was für eine Schlappe! Er ist gerade mal jährig und trotzdem schon Altpapier: der Dumping-Gesamtarbeitsvertrag (GAV) zwischen der Pseudogewerkschaft «Tisin» und dem Unternehmerverband «Ticino Manufacturing» – ein Vertrag, der einzig der Umgehung des Tessiner Mindestlohns von 19 Franken diente. Sieben grenznahe Industriebetriebe profitierten davon. Ihnen half die rechte Lega dei Ticinesi als Tisin-Gründerin (work berichtete: **rebrand.ly/tisin).** Ende September dann die Überraschung: Ticino Manufacturing verkündete, den fraglichen GAV gekündigt zu haben. Fortan werde man das kantonale Mindestlohngesetz einhalten. Und auch die entstandenen Lohnrückstände würden beglichen.

Giangiorgio Gargantini. FOTO: TI-PRESS / ELIA BIANCHI

FERTIG 16-FRANKEN-LÖHNE

Grund für den Sinneswandel seien «rechtliche Ungewissheiten» und Reputationsschäden. Da staunte man im Tessin nicht schlecht! Schliesslich hatten die Knauserfirmen ihre Löhne von 16 Franken bisher mit allen Mitteln verteidigt – zuletzt mit einem Rekurs gegen das Arbeitsinspektorat. Dieses hatte im Juni entschieden, der Dumping-GAV verstosse gleich mehrfach gegen das Gesetz.

So erfülle Tisin mit nur 100 angeblichen Mitgliedern die Kriterien eines vertragsfähigen Sozialpartners nicht. Und weil zudem «alle Vorstandsmitglieder auch Unternehmer sind», fehle der angeblichen Gewerkschaft die nötige Unabhängigkeit. Ausserdem hätten die dem GAV unterstellten Arbeitenden «keine Wahlfreiheit» gehabt. Denn während der Betriebsversammlungen, an denen Tisin den pfannenfertigen GAV vorstellte, seien jeweils auch die Chefs anwesend gewesen, so das Arbeitsinspektorat weiter. Das habe die Belegschaften unter Druck gesetzt, zumal sie über die Vertragsannahme nicht geheim, sondern per Handzeichen abstimmen mussten.

RAUSWURF AUS LEGA-SITZ

Tatsächlich wurde in Mendrisio eine Arbeiterin entlassen, nachdem sie den Dumping-GAV zurückgewiesen und den gesetzlichen Mindestlohn eingefordert hatte. Die Unia und die christliche Gewerkschaft OCST mobilisierten zu Protesten und zogen vor Gericht. Und der TV-Sender RSI rollte den Skandal in einer brisanten Doku auf **(rebrand.ly/rsidoku).** Ticino Manufacturing bekam immer kältere Füsse – und hat nun endgültig kapituliert. «Eine positive Entscheidung für den gesamten Arbeitsmarkt und ein wichtiger Sieg für die Gewerkschaften», sagt dazu Giangiorgio Gargantini, Regiosekretär der Unia. Hingegen nach wie vor keine Erklärung geliefert hat Nando Ceruso (75), Chef der Pseudogewerkschaft. Ihm dürfte schlicht die Lust vergangen sein. Denn vom Rückzug seiner Unternehmerfreunde hatte er offenbar aus den Medien erfahren. Deutlicher geht es kaum: Die Mindestlohntrickser haben sich bös verzockt.

Bereits beerdigt ist Tisin. Schon im Mai waren die Gründungsmitglieder aus der Lega von allen Funktionen zurückgetreten – kommentarlos. Schliesslich stehen im Frühling Wahlen an. Und die angebliche Volkspartei wird realisiert

«Ein wichtiger Sieg für die Gewerkschaften.»

GIANGIORGIO GARGANTINI, UNIA-REGIOSEKRETÄR TESSIN

haben, dass Hilfsdienste für Lohndumper schlecht ankommen. Ceruso musste jedenfalls sogar sein Büro räumen – es befand sich im Luganeser Lega-Hauptsitz. Doch der ehemalige OCST-Funktionär will weiterwursteln und hat seinem Verein einen Neuanstrich verpasst: «Sindacato Libero della Svizzera italiana» heisst er jetzt. Auch die «Freie Gewerkschaft» setzt laut Eigenwerbung nicht auf «starre gesetzgeberische Zäune», sondern auf «freie Verhandlungen», also schmutzige Deals. Man darf gespannt sein.

Nach 36 Jahren verliert Bundesbern seinen bekanntesten Schnauz

Rechsteiner über Frauenrenten und Bauernkönige

Auf Ende Jahr tritt der St. Galler SP-Ständerat Paul Rechsteiner (70) zurück. work hat den Ex-SGB-Präsidenten zum Abschieds-Interview getroffen.

RALPH HUG

work: Paul Rechsteiner, Sie wirken auch mit 70 Jahren kein bisschen müde. Weshalb treten Sie zurück?
Paul Rechsteiner: Man muss wissen, wann man etwas beginnt, aber auch, wann und wie man es abschliesst. Der Rücktritt schafft für die anspruchsvollen St. Galler Wahlen neue Voraussetzungen.

Der «Leuchtturm Rechsteiner» bedeutet für viele Hoffnung, er wird nun fehlen. Was gab es für Reaktionen auf Ihren Rücktritt?
Viele Menschen haben mir geschrieben. Am meisten haben mich jedoch die Reaktionen auf der Strasse beeindruckt. Die Wertschätzung und das Bedauern zeigen, wie wichtig es ist, dass die sozialen Interessen glaubwürdig und wirksam vertreten werden. Das werde ich als Anwalt auch weiterhin tun.

Gerade ist ein Dokumentarfilm erschienen*, der den Skandal um die 20 Milliarden abgezweigter Pensionskassengelder im Jahr 2002 neu aufrollt. Als SGB-Präsident setzten Sie sich für die Sicherung der Arbeitnehmenden-Guthaben ein.
Ja, das war ein zentraler Aspekt bei Plünderung und Pleiten von Pensionskassen. Ich erinnere mich an den Fall Omag in Mels SG im Jahr 1992. Dank gewerkschaftlichen Aktionen gelang es nicht nur, die Guthaben zu sichern. Sondern im Parlament auch eine gesetzliche Regelung zum Schutz der Pensionskassengelder zu erreichen. Gemeinsam mit dem kürzlich verstorbenen Direktor des Arbeitgeberverbands Heinz Allenspach.

Etwas weniger bekannt ist Ihre wichtige Rolle im Engagement der Gewerkschaften gegen die Folgen von Asbest.
Die Suva stellte sich bei der Entschädigung von Opfern lange Zeit taub. Bis wir, auch dank einem Urteil des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Strassburg, eine neue Regelung durchsetzen konnten. Wie wichtig sie ist, habe ich vor kurzem bei jemandem erlebt, der vor Jahrzehnten als Elektriker gearbeitet hatte. Er glaubte zuerst, er habe Corona, bis sich herausstellte, dass die Ursache für sein Leiden das heimtückische Mesotheliom, eine Art Asbestkrebs, war. Dank der neuen Regelung wurde er, und jetzt seine Witwe, wenigstens anständig entschädigt.

In Ihre zweitletzte Session als Ständerat fällt das schmerzliche Ja zur AHV-Reform. Es fiel denkbar knapp aus. Wie geht es jetzt weiter mit der AHV?
Die Gewerkschaften haben eine starke und glaubwürdige Kampagne geführt. Angesichts des hohen Nein-Anteils dürfte die Rentenaltersfrage für die nächsten Jahre erledigt sein. Man muss sehen, dass die Schweiz im europäischen Vergleich mit Rentenalter 65 gut dasteht. Sonst gilt 67 und mehr. Jetzt braucht es bessere AHV-Renten, auch weil die Renten der Pensionskassen ständig schlechter werden. Deshalb ist die Initiative für eine 13. AHV-Rente so wichtig.

Die Wut der Frauen über die Anhebung ihres Rentenalters bei gleichzeitig anhaltender Lohndiskriminierung ist gross. Für 2023 ist wieder ein grosser Frauenstreik geplant.
Bereits der grosse Frauenstreik von 1991 löste einen Schub in Sachen gleiche Rechte aus. Stets war es die Frauenbewegung, die mit ihren Aktionen soziale Fortschritte bewirkte. Und das wird auch so bleiben.

Die rechten Parteien fühlen sich jetzt gestärkt. Wirtschaft, Gewerbe und der Bauernverband haben fürs nächste Jahr sogar eine Wahlallianz angekündigt. Erstaunt Sie dieser Schwenk der Bauernlobby?
Bauernpräsident Markus Ritter ist ein Schlitzohr. Er übernimmt die Positionen der Wirtschaftsverbände und lässt sich dafür in der Landwirtschaftspolitik teuer bezahlen. Er folgt damit dem Beispiel des legendären Bauernführers Ernst Laur. Im Generalstreik von 1918 hatten die Bauern das Geldbürgertum gegen die Arbeiter verteidigt. Ritter ist es dabei egal, dass dabei, wie bei der AHV-Abstimmung, die Interessen der Bäuerinnen auf der Strecke bleiben.

«Die Diskussion über eine Rentenalterserhöhung dürfte vorerst erledigt sein.»

Die Lage der Menschen mit bescheidenen Einkommen verschlechtert sich dramatisch. Da braut sich massiver sozialer Sprengstoff zusammen. Was tun?
Es braucht dringend den Teuerungsausgleich. Ohne gewerkschaftlichen Druck hätte der Bundesrat die Altersrenten nicht der Teuerung angepasst. Es wird wiederum von den Gewerkschaften abhängen, ob die Löhne steigen und ob es Reallohnerhöhungen gibt. Und es braucht eine aktive Mieterbewegung, um den bevorstehenden Anstieg der Mieten zu kontern.

Im Sommer 2020 haben Sie bei den Verhandlungen für das Rahmenabkommen zwischen der Schweiz und der EU den Lohnschutz vehement verteidigt. Nach dem Abbruch der Verhandlungen versuchen die Wirtschaftskreise jetzt einen Neustart. Was halten Sie von ihrer Strategie?
Von einer Strategie kann man heute und konnte man beim Rahmenabkommen nicht reden. Eher davon, wie man in etwas hineinstolpert und dann die Notbremse ziehen muss. Bei unserem Aussenminister Ignazio Cassis ist weder Urteilskraft noch Orientierungsvermögen erkennbar. Daher sind die Risiken nicht kleiner geworden. Das Erfolgsrezept der Bilateralen ist und bleibt der Sozialschutz mit den Lohnkontrollen, den Mindestlöhnen und den tripartiten Kommissionen. Ob eine tragfähige Lösung mit der EU gefunden wird, wird sich wohl erst nach den Wahlen zeigen.

* siehe Seite 13

MIT GANZEM HERZEN DABEI: Als Ständerat und Gewerkschafter setzte sich Paul Rechsteiner immer hartnäckig gegen Rentenklau und für den Lohnschutz ein. FOTO: STEPHAN BÖSCH

REAKTIONEN ZUM RÜCKTRITT

«DANK DIR KONNTE ICH JUBELN!»

Nach seiner Rücktrittsankündigung erreichte Paul Rechsteiner eine Welle von Nachrichten aus der ganzen Schweiz. work dokumentiert einige davon.

OHNE ALLÜREN
Einer der integersten Politiker, die das Land hat. Ohne jegliche Allüren. Ich werde Sie vermissen!
Ulla Armbruster

UNERMÜDLICHER EINSATZ
Herzlichen Dank für deinen unermüdlichen Einsatz zum Wohle der Arbeiterschaft. Du wirst in Bern fehlen.
Ernst Keller

MEIN GRÖSSTER MOMENT
Lieber Paul, schade, dass du zurücktrittst, aber schön, dass du so lange für uns Politik gemacht hast. Herzlichen Dank für deinen grossen Einsatz.
Du stehst für meinen grössten Jubelmoment in der Politik, neben der Abwahl von Christoph Blocher! Ich wollte nicht miterleben, wie Toni Brunner seinen Sieg feiert, und ging in die Arena zum Heimspiel des FCSG. Ich hoffte auf deinen Sieg in der Ständeratswahl, aber konnte nicht so recht daran glauben. Plötzlich, während des Spiels, brachen Zuschauer auf der Tribüne in Jubel aus, scheinbar ohne Grund, jedenfalls war auf dem Spielfeld nichts Nennenswertes passiert. Dann umarmten sich die Leute in den Reihen vor mir, und ich hörte deinen Namen! Wir lagen uns alle in den Armen, obwohl ich die Leute kaum kannte und schon gar nicht annehmen konnte, dass sie auf meiner politischen Linie liegen könnten. Noch heute, wenn ich daran, kriege ich Hühnerhaut! Alles Gute, auch von meiner Frau, für deine Zukunft, und vielen Dank!
Guido Bruggmann

SOZIALES HERZ
Lieber Paul, dein scharfer Verstand und dein soziales Herz werden sehr fehlen! Danke dir und alles Gute!
Theres Roth-Hunkeler

MUTIGE AUFTRITTE
Paul Rechsteiner hielt seine Linie immer ein, kein Wendehals, von denen es auch in St. Gallen einige gab, von der Mitte bis nach rechts, vom ehemaligen LdU zur Kapitalseite und so weiter und so fort. Paul Rechsteiners mutige Auftritte werden im Parlament fehlen, ein Kämpfer auch für den kleinen Mann von der Strasse, er ist noch jugendlich und macht weiter in seiner Anwaltspraxis, das ist gut so.
Franz Rechsteiner

DER EINZIG WAHRE SCHNAUZ
Der wohl einzige Schnauz, den ich vermissen werde.
Yvonne Kräuchi-Girardet

Grossbritannien

Ideologischer Irrlauf

Arrogant, dumm und selbstmörderisch. So wurde die neue britische Ministerpräsidentin Liz Truss charakterisiert. Aber ihr Regierungsprogramm ist kein Irrwitz. Es ist ein Plan: Wie zur Zeit von Maragret Thatcher sollten die «Märkte entfesselt» werden: Erst Steuersenkungen und dann Abbau von staatlichen Diensten und Regulierungen. Aber

Andreas Rieger war Co-Präsident der Unia. Er ist in der europäischen Gewerkschaftsbewegung aktiv.

im Jahr 2022 ist so ein Plan reine Ideologie. Denn in Grossbritannien ist fast alles privatisiert, die Steuern sind tief, die Gewerkschaften gestutzt, der Service public auf Schmalkost. Doch die Delegierten der Konservativen Partei wählten Truss gerade wegen dieser Ideologie.

Die arbeitende Klasse ist zurück.

VOODOO-ÖKONOMIE. Truss hat Steuergeschenke versprochen: Fast 50 Milliarden Pfund sollten die Unternehmen und die Reichen weniger zahlen. Da so viel Geld kurzfristig gar nicht einzusparen ist, wollten Truss und ihr Finanzminister Kredite aufnehmen – trotz steigender Zinsen. Solche Voodoo-Ökonomie war sogar den abgebrühten britischen Kapitalisten zu viel. Sie lehnten das Geschenk auf Pump ab, und die «Märkte» reagierten promt: Die Zinsen schnellten hoch, das Pfund wertete sich ab, die Wirtschaft taumelt.

Um nicht gestürzt zu werden, liess Truss ihren Finanzminister fallen und nahm die Steuersenkungen zurück. Aber ansonsten will sie weitermachen: Aufräumen mit dem Gerede von «Umverteilung». Beim Staat sparen und weniger «Almosen verteilen» – dies kurz vor einem Winter, in dem Millionen Britinnen und Briten frieren werden. Truss will die Arbeitszeit deregulieren. Die britischen Arbeitenden sollen «mehr chrampfen». Damit sie nicht die Arbeit niederlegen, will Truss das Streikrecht weiter beschneiden.

STREIKWELLE. Aber auch dieser Plan dürfte scheitern. Denn die arbeitende Klasse ist zurück. Schon im Sommer ging eine Streikwelle durchs Land (work berichtete: **rebrand.ly/streikwellen-reiter).** Nun kommt die nächste und erfasst die Kehrichtabfuhr, die Transportarbeitenden und die Lehrpersonen. Gerade rechtzeitig tagt der Kongress des britischen Gewerkschaftsbunds TUC. Er soll die Kämpfe koordinieren, mit gemeinsamen Forderungen: voller Teuerungsausgleich, Erhöhung des Mindestlohns, Preisdeckel und Verstaatlichung bei der Energie, Recht auf Kollektivverhandlungen und Streiks.

Ein harter Winter kommt auf Grossbritannien zu.

UNIA online

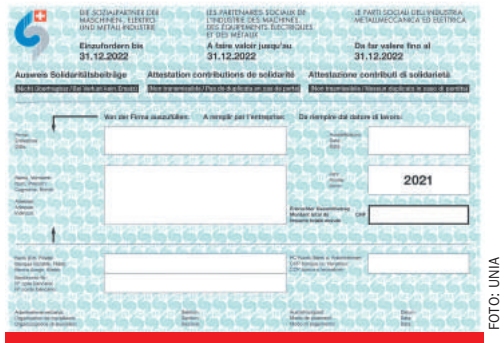


FOTO: UNIA

Rückerstattung: MEM-Solidaritätsbeitrag

Unia-Mitglieder, die in einer dem GAV MEM angeschlossenen Firma beschäftigt sind, haben das Recht auf Rückerstattung der Solidaritätsbeiträge. Hier erfährst du, wie es geht: **unia.ch/mem-solibeitrag**

Inflation und Benzin-Mangel lösen landesweite Protestwelle aus

An Frankreichs Tankstellen geht's zu wie im Wilden Westen

In Frankreich ballen sich Teuerung und neoliberale Sparpolitik zu einem explosiven Gemisch. Präsident Emmanuel Macron setzt auf Konfrontation.

OLIVER FAHRNI

Polizisten schieben ihren Streifenwagen zu Fuss zur Tankstelle, vorbei an einer kilometerlangen Warteschlange. Panische füllen Benzin in einen Abfallsack. Kunden prügeln sich um die letzten Liter, ein Automobilist erleidet sechs Messerstiche. Bizarre Szenen Mitte Oktober an Frankreichs Tankstellen.

Diesen Schlamassel angerichtet hat Patrick Pouyanné, der CEO des Energiekonzerns Total (205 Milliarden Dollar Umsatz, 100 000 Beschäftigte). Total gehört zu den grossen Kriegs- und Krisengewinnlern. Allein bis Juni schrieb der Multi 10,5 Milliarden Dollar Profit, schüttete viele Milliarden an die Aktionärinnen und Aktionäre aus. Verweigerte aber den Arbeitenden in den Total-Raffinerien den Teuerungsausgleich. Dabei galoppiert die Inflation, Lebensmittel sind um 9,9 Prozent teurer geworden, die Reallöhne sinken. Bereits im Winter 2021 konnten sich 12 Millionen Französinnen und Franzosen die Heizung ihrer Wohnung nicht mehr leisten. Und das Schlimmste steht bevor.

«WANTED», GESUCHT: Patrick Pouyanné, der Chef des Energiekonzerns Total. Er verweigerte den Arbeitenden den Teuerungsausgleich – und schenkte dem Aktionariat gleichzeitig milliardenschwere Sonderdividenden. FOTO: GETTY

PURE PROVOKATION

10 Prozent Teuerungsausgleich forderten die Gewerkschaften von Total. Ein Klacks. Doch CEO Pouyanné wollte nicht einmal verhandeln. Also beschloss die Belegschaft der Raffinerien, ihn per Streik an den Tisch zu zwingen. Der Konzern antwortete mit einer Provokation: Am zweiten Streiktag schenkte er den Aktionärinnen und Aktionären eine Sonderdividende über 2,6 Milliarden Dollar.

Alles richtig so, fanden Präsident Emmanuel Macron und seine Premierministerin Élisabeth Borne, selbst als schon 30 Prozent der Tankstellen keinen Treibstoff mehr hatten. Er werde sich nicht in «einen privaten Streit zwischen den Gewerkschaften und einer Firma» einmischen, sagte Macron. Privater Streit? Inflation und neoliberale Abbaupolitik ballen sich längst zu einem hochexplosiven Gemisch. Seit April häufen sich die Inflationsstreiks in fast allen Branchen. Die Arbeitenden im öffentlichen Verkehr, in Spitälern, in den Schulen und der Atomindustrie befinden sich im Dauerarbeitskampf. Ende September starteten die Gewerkschaften einen ersten Generalstreik-Versuch, vorerst mit mässigem Erfolg.

Seit April häufen sich die Streiks gegen die Inflation.

Doch die Revolte über Teuerung, Arbeitslosengeld und Rente, gegen den Sparhaushalt und die Not im Service public kocht stetig hoch. Am 16. Oktober versammelte die links-ökologische Allianz Nupes mit der Klimabewegung und 200 Organisationen einige Zehntausende in Paris zu einem Marsch für lebenswerte Einkommen und eine starke Klimapolitik. Nupes-Frau Clémentine Autain nannte es «den Beginn einer neuen Volksfront». Nur zwei Tage darauf hielt ein breites Bündnis von Gewerkschaften einen nationalen Streiktag ab. Diesmal kamen über 150 000 Menschen. Manche trugen gelbe Westen. Die Gelbwesten-Bewegung hatte sich im November 2018 an den Spritpreisen entzündet, zumindest vordergründig.

ZUR ARBEIT GEZWUNGEN

Präsident Macrons Regierung wählte auch diesmal die Konfrontation. Zwar räumte Total eine schwache Lohnerhöhung ein. Die Gewerkschaft CFDT, die immer mehr zum Hausverband Macrons wird, unterschrieb. Der andere grosse Dachverband aber, die CGT, führt den Streik weiter. Wirtschaftsminister Bruno Le Maire nannte den Streik «illegitim». Premierministerin Borne liess die Raffinerie-Büezer requirieren, also zur Arbeit zwingen. Ein klarer Verstoss gegen das Streikrecht. Was wiederum die eher brave Gewerkschaft FO an die Seite der CGT trieb und den Landesstreik vom 18. Oktober befeuerte, um das «Grundrecht auf Streik zu verteidigen».

Bei Redaktionsschluss (am 19. Oktober) ist noch nicht klar, wie sich die neue soziale Bewegung entfalten wird. Auf Macron kann sie zählen: Der Präsident verweigert jede Krisengewinn-Steuer («es gibt keine Superprofite»), will länger arbeiten lassen und zwingt einen brutalen Sparhaushalt ohne Abstimmung durchs Parlament. Dies dürfte das Personal des Service public mobilisieren. Es ist gewerkschaftlich weit besser organisiert als die Arbeitenden im privaten Sektor.

Was ist, fragen nun manche Macronisten bang, wenn Gewerkschaften, Linke, Klimabewegung und Gelbwesten zusammenfinden?

Gewerkschaften in ganz Europa machen mobil

Teuerungskrise beenden: Löhne erhöhen, Gewinne besteuern!

Die Teuerungskrise trifft Haushalte mit niedrigen und mittleren Einkommen am stärksten. Die europäischen Gewerkschaften geben Gegensteuer.

CLEMENS STUDER

Die Lebenshaltungskosten laufen aus dem Ruder: Lebensmittelpreise, Energiekosten und Krankenkassenprämien steigen. Die Löhne verlieren wegen der Teuerung real an Wert. Besonders betroffen sind Haushalte mit kleinen und mittleren Einkommen und Menschen, die von ihrer Rente leben müssen. Gleichzeitig machen Energie- und andere Konzerne gigantische Übergewinne. Sie sind die Triebfeder der Lebenshaltungskosten-Krise. Nicht die Löhne sind verantwortlich für die Teuerung. Im Gegenteil: Die Lohnabhängigen sind die Opfer dieser Krise.

Die Konzerne machen gigantische Übergewinne.

UNIA IN BRÜSSEL

Auf diese Fakten wiesen die europäischen Gewerkschaften am 8. Oktober mit einer Kundgebung vor dem EU-Parlament in Strassburg hin. Unter den Teilnehmenden war auch eine Delegation der Unia. Nach der Demo trafen sich Gewerkschafterinnen und Arbeitnehmende aus verschiedenen Ländern mit EU-Parlamentarierinnen und -Parlamentariern. Sie stellten ihnen die Forderungen der Lohnabhängigen vor. Es sind dies unter anderem:

- **Voller Teuerungsausgleich** und einen angemessenen Anteil an den Produktivitätsgewinnen der vergangenen Jahre für Lohnabhängige.
- **Mehr Gesamtarbeitsverträge.**
- **Höhere Mindestlöhne.**
- **Unterstützung für Haushalte** mit tiefen Einkommen, damit diese ihre Rechnungen bezahlen können.
- **Abschöpfung der Krisengewinne** der Konzerne und ein Ende der Nahrungsmittelspekulation.
- Ein **Verbot von Energiesperren** für Haushalte, die ihre Rechnungen nicht mehr bezahlen können.

NATIONALE DEMOS

Für die Durchsetzung ihrer Forderungen organisieren die Gewerkschaften in unterschiedlichen Aktionsbündnissen nationale Demonstrationen und Aktionen, nicht nur in Frankreich (siehe Artikel oben). Eine Übersicht gibt's hier: **rebrand.ly/egb-aktionen.** In Deutschland besonders aktiv ist die Gewerkschaft Verdi: **rebrand.ly/solidarisch-durch-die-krise.**

GEWERKSCHAFTSDEMO IN BRÜSSEL: Mit ETUC-Vize-Chefin Esther Lynch. FOTO: UNIA

KAUM BEACHTET: Eine migrantische Hausangestellte folgt ihrer Chefin in Katars Hauptstadt Doha. FOTO: ALAMY

Tausende Migrantinnen dienen in Katars Luxus-Haushalten als Zimmerfrauen und Kindermädchen – oft ohne Rechte

«Es ist ein wahrer Teufelskreis»

In Katar sind viele Hausangestellte ihren Chefinnen und Chefs noch immer ausgeliefert. Maria Saul* hilft diesen Frauen – und erzählt von ihren Schicksalen.

DARIJA KNEŽEVIĆ

In knapp einem Monat wird die Fussballweltmeisterschaft in Katar angepfiffen. Doch Jubel löst die Gastgeberin bisher nicht aus (siehe Spalte rechts). Stattdessen macht das Land mit haarsträubenden Arbeitsbedingungen von sich reden: Lohnrückstände, Verhaftung und Ausschaffung von Protestierenden, beschlagnahmte Pässe, desolate Unterkünfte, tödliche Hitze (work berichtete: **rebrand.ly/toedliche-sonne).** Die Situation für die ausschliesslich migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter verbessert sich bislang nur zögernd. Besonders für Frauen ist die Lage mehr als prekär. Gewalt, Missbrauch und sexuelle Übergriffe sind für viele Hausangestellte die Realität. Gewerkschaften sind in Katar nach wie vor verboten. Trotzdem organisiert Maria Saul* eine der migrantischen Gemeinschaften im Land – und kennt die Probleme aus erster Hand.

Viele erleben sexualisierte Gewalt.

Frauen, die in privaten Haushalten arbeiten, sind ihren Arbeitgebern ausgeliefert. «Wenn du einmal in die Hände eines missgünstigen Chefs gelangst, befindest du dich in einem fast aussichtslosen Teufelskreis», sagt Saul. Erst kürzlich bat eine Hausangestellte um Hilfe. Ihr Chef missbrauchte sie sexuell. Zudem wurde sie eingeschüchtert und erpresst. Verzweifelt suchte die Arbeiterin nach Auswegen: sie zeigte den Arbeitgeber an und kümmerte sich um einen Jobwechsel. Mit viel Mühe fand die Hausangestellte eine neue Stelle, doch kurz bevor sie diese antreten konnte, entzog ihr missbräuchlicher Arbeitgeber ihr die Arbeitsbewilligung. Sie stand vor dem Nichts. Vergeblich versuchte sie, ihr Arbeitsvisum zurückzuerlangen. Doch das kann mehrere Monate dauern, was sich die Hausangestellte nicht leisten konnte. Deshalb musste sie Katar verlassen und arbeitet heute in Dubai.

ERSATZFAMILIE

Saul sagt: «Viele Frauen in Katar arbeiten hier, um ihren Kindern eine Ausbildung zu ermöglichen. Eine Mutter lässt vieles über sich ergehen, damit es ihren Kindern gutgeht.» Als sogenannte Community-Leaderin ist sie das Sprachrohr der Arbeiterinnen gegenüber den Behörden. Saul klärt die Frauen über ihre Rechte auf, hilft ihnen aus prekären Lagen und organisiert Weiterbildungen. Auch in der Freizeit finden migrantische Arbeiterinnen und Arbeiter in ihren Communities fast schon eine Ersatzfamilie. Es wird gemeinsam Sport getrieben, gekocht oder genäht. Solche Programme werden seit kurzem finanziell von der Unia unterstützt.

Sauls Tätigkeit ist erst möglich, seit die Internationale Bau-und-Holzarbeiter-Gewerkschaft (BHI) aufgrund der anstehenden Fussballweltmeisterschaft in Katar aktiv ist. Weil es keine lokalen Gewerkschaften geben kann, gibt es die Communities. Für die Arbeiterinnen und Arbeiter aus verschiedenen Ländern gibt es eigene Gruppierungen – zum Beispiel eine philippinische Community oder eine indische. Auch Gruppen aus Bangladesh, Ghana oder Indonesien und weiteren Ländern sind dabei. Die Leiterinnen und Leiter einer solchen Community tauschen sich aus und engagieren sich für die Rechte ihrer Mitglieder. Zudem werden sie vom Arbeitsministerium anerkannt und verhandeln mit den Behörden, um die Lage der Migrantinnen und Migranten stetig zu verbessern.

UM DEN LOHN GEPRELLT

«Das grösste Problem ist zurzeit die Lohnzahlung», sagt Saul. Viele Mitglieder ihrer Community beschweren sich über massive Zahlungsrückstände. Die Folgen sind laut Saul fatal: «Wenn der Lohn fehlt, können die Arbeiterinnen und Arbeiter ihre Familien in ihren Heimatländern nicht unterstützen.» Teilweise warten die Arbeiterinnen bis zu ein Jahr auf ihren Lohn. Und wer gegen die fehlenden Löhne streikt, wird verhaftet und ausgeschafft. So erging es kürzlich fast 60 Arbeitern (work berichtete: **rebrand.ly/verhaftete-arbeiter).** Denn auch Streiks sind in Katar verboten.

Ein weiteres Problem sei der Jobwechsel, erklärt Saul. Die Situation der Arbeitsmigrantinnen und -migranten hat sich zwar gesetzlich auf diesem Gebiet verbessert, bei der effektiven Umsetzung hapert es aber weiterhin. Saul kennt auch hier tragische Schicksale, besonders Frauen werden erpresst und sexuell missbraucht. Denn wer die Stelle wechseln will, muss vom aktuellen Arbeitgeber mittels eines Formulars «freigegeben» werden. Maria Saul weiss aus Erfahrung: «Wenn die Chefin oder der Chef die Angestellte nicht gehen lässt, wird der Wechsel sehr schwierig.»

ERSTE VERBESSERUNGEN

Doch die Fussballweltmeisterschaft habe in Katar viel bewegt. «Vor der WM hatten Arbeitsmigrantinnen und -migranten praktisch gar keine Rechte», erinnert sich Saul. Besonders unter dem Kafala-System waren Arbeiterinnen und Arbeiter ihren Chefs schutzlos ausgeliefert. In diesem System mussten Arbeitgeber für Arbeitsmigrantinnen und -migranten bürgen. Somit hatten sie die volle Kontrolle über ihre Angestellten. Diese wiederum hatten gar keine Rechte, ihnen wurde der Pass abgenommen, und ohne Erlaubnis des Chefs durften sie nicht nach Hause reisen oder den Job wechseln. Das Kafala-System wurde in Katar 2017 gelockert, ist aber in vielen arabischen Ländern weiterhin gang und gäbe, zum Beispiel in Libanon oder den Arabischen Emiraten.

Eine weitere Verbesserung ist die Einführung eines Mindestlohnes von 1000 Rial (275 Franken) pro Monat. Auch haben Arbeiterinnen und Arbeiter in Katar ein Anrecht auf einen freien Tag pro Woche. Wegen der unerträglichen Hitze pausiert die Arbeit draussen im Sommer von 10 bis 15 Uhr. Mittlerweile gibt es auch diverse Anlaufstellen für Beschwerden, an die sich die Arbeiterinnen und Arbeiter wenden können. Zudem dürfen sie jederzeit und ohne Bewilligung der Arbeitgeber nach Hause reisen.

Die Präsenz und das Engagement der Gewerkschaften in Katar verbessert die Situation laufend. Wie es nach der WM weitergeht, ist ungewiss: «Wir haben grosse Hoffnung, dass die Arbeitsgesetze erhalten bleiben», sagt Saul. Die BHI kündigte an, noch für mindestens zwei Jahre in Katar aktiv zu bleiben.

Was danach mit den Arbeiterinnen und Arbeitern geschieht, macht Maria Saul Sorgen.

* Name geändert

la suisse existe
Jean Ziegler

DAS FUSSBALLFEST IM SKLAVENSTAAT

Erstaunliche Dinge geschehen dieser Tage in Genf: Quartiervereine, Gewerkschaften, Komitees von Schülerinnen und Schülern mobilisieren gegen die Stadtregierung. Streitpunkt: die sogenannte Fan-Zone, die Installation von riesigen Bildschirmen auf der Plaine de Plainpalais, dem zentralen Marktplatz im Herzen der Stadt. Die Fussballweltmeisterschaft beginnt am 20. November im Stadion al-Bayt im Norden des wahabitischen Emirats von Katar. Sie wird einen Monat lang dauern. Während dieser Zeit soll die Genfer Bevölkerung auf den Marktplatz strömen, um sich gemeinsam an den Spielen zu erfreuen.

Seit der WM-Vergabe sind in Katar über 6500 Arbeiter gestorben.

PROPAGANDA UND KORRUPTION. *Die protestierenden Bürgerinnen und Bürger erwarten nicht nur eine lärmige Belästigung. Die politisch Versierten unter ihnen befürchten zudem die unverdiente Unterstützung der Propagandaaktion eines finsteren Unrechtsstaates. In einem völlig undurchsichtigen Auswahlverfahren, in dem viele Millionen Dollar an Korruptionsgeldern flossen, sprachen die Fifa-Oberen 2010 Katar die Austragung der Weltmeisterschaft zu. Dabei hat das Emirat keinerlei Tradition im Fussball, in der brütenden Hitze ist es auch kaum möglich, unter normalen Bedingungen zu spielen. So gab es 2010 auch noch keine ausreichende sportliche Infrastruktur. Wanderarbeiter aus Südindien, Nepal, Bangladesh und Pakistan mussten in den folgenden Jahren acht Stadien mit Kühlung, Trainingsstätten, Strassen und Hotels bauen.*

Gestützt auf Zahlen, die die Konsulate aus den Heimatländern der Arbeiter lieferten, und eigene Berechnungen veröffentlichte der britische «Guardian» 2021 eine erschreckende Bilanz: Seit der WM-Vergabe 2010 starben bei Bauarbeiten über 6500 Arbeiter. Trotz Interventionen der Internationalen Bau-und-Holzarbeiter-Gewerkschaft (BHI) und Versprechungen des Regimes gab es auf vielen der gigantischen Baustellen bis zuletzt keine Sicherheit.

Katar ist eine sandige Halbinsel im Persischen Golf von knapp 10 000 Quadratkilometern. Dort leben zwischen 250 000 und 300 000 Bürgerinnen und Bürger und mehr als 2,5 Millionen völlig rechtlose Wanderarbeiterinnen und -arbeiter, die dafür sorgen müssen, dass der Staat läuft. Sie fördern auf Plattformen vor der Küste Erdgas und erschaffen damit den unermesslichen Reichtum des Landes.

REICHER FINSTERLING. *Seit dem Ende der britischen Kolonialherrschaft 1971 übernahm die Familie Al Thani das Emirat. Heute beherrscht Scheich Tamim bin Hamad Al Thani den Sklavenstaat. Er kam durch einen Staatsstreich gegen seinen Vater – der seinerseits seinen Vater gestürzt hatte – an die Macht. Die Fussball-WM in seinem Land ist für sein internationales Ansehen von unschätzbarem Wert.*

Fussball ist ein wunderschönes Spiel. Ich wünsche unserer Nationalmannschaft stets alles Gute, sogar in Katar. Aber ich habe einen Wunsch: dass kein Bundesrat und keine Bundesrätin, nicht einmal die Sportministerin Viola Amherd, zur WM reist. Der Finsterling Al Thani verdient diese Ehre nicht.

Jean Ziegler ist Soziologe, Vizepräsident des beratenden Ausschusses des Uno-Menschenrechtsrates und Autor. Sein 2020 im Verlag Bertelsmann (München) erschienenes Buch **Die Schande Europas. Von Flüchtlingen und Menschenrechten** kam diesen Frühling als Taschenbuch mit einem neuen, stark erweiterten Vorwort heraus.

Toblerone ohne Schweiz

Vom Adler zum Matterhorn – und zurück?

US-Konzern und Tobler-Besitzer Mondelez will einen Teil der Produktion nach Bratislava zügeln.

CLEMENS STUDER

Im Laufe der Zeit hat Tobler viele Marken gegründet. Weltweit berühmt ist die Toblerone. Sie gilt als die schweizerischste aller Schweizer Schokoladen. Dazu beigetragen hat sicher auch ihre Form. Sie sei dem Matterhorn nachempfunden, geht die Sage. Doch das stimmt nicht. Die Sache ist viel prosaischer. Als 1908 Theodor Tobler gemeinsam mit seinem Cousin und Tobler-Produktionsleiter Emil Baumann die Toblerone erfindet, lehnen sie sich mit den Dreiecken an die damalige Handelsform der Kakaoplatten an. «Toblerone» wiederum ist ein Kunstwort aus den Namen «Tobler» und «Tor-

WELTBEKANNT und (noch) aus Bern. FOTO: ADOBE

rone», der italienischen Bezeichnung für Honig-Mandel-Nougat. Auf der Verpackung prangt ein Adler. Der verschwindet 1920 und wird durch den Berner Bären ersetzt. Erst 1970 kommt das Matterhorn auf die Toblerone. Zuerst noch eher verschämt nur auf den beiden Stirnseiten. Erst im Jahr 2000 erscheint das Matterhorn auch auf den Längsseiten.

BERNER JOBS BEDROHT?

Wie lange noch? Denn wenn ein Teil der Toblerone-Produktion ins slowakische Bratislava verlegt wird, darf Toblerone nicht mehr als «Schweizer Schokolade» beworben werden und auch nicht mit Schweizerkreuzen oder typisch schweizerischen Symbolen den Eindruck eines Schweizer Produktes erwecken.

Seit 50 Jahren hat «Chocolat Tobler» immer wieder die Besitzer gewechselt. Am Anfang stand die Fusion mit Suchard zu Interfood 1970. Ziel: «Synergien ausschöpfen». 12 Jahre später übernahm Klaus J.Jacobs die Interfood und formierte zusammen mit seiner Kaffeegruppe die Jacobs Suchard SA. 1990 verkaufte er diese an den Tabakkonzern Philip Morris, der kurz zuvor bereits Kraft Foods übernommen hatte. Tobler gehörte jetzt zu «Kraft Jacobs Suchard». Aus Angst vor Klagen von Raucherinnen und Rauchern trennte sich Philip Morris 2007 wieder vom Nahrungsmittelzweig. Kraft Foods wurde erneut unabhängig und spaltete sich 2012 auf: Im einen Teil liegen die nordamerikanischen Marken, im anderen jene aus der restlichen Welt. Dieser Konzern heisst Mondelez International und ist die aktuelle Tobler-Besitzerin.

Toblerone gehörte auch schon Philip Morris.

Sieht Mondelez kein Imageproblem, wenn Toblerone ohne Schweiz auskommen muss? Mondelez-Sprecherin Christine Benesch beantwortet die Frage nicht direkt, sondern sagt zu work: «Wir müssen unsere Verpackungen an die Schweizer Gesetzgebung anpassen. Unsere wichtigsten Toblerone-Produkte werden nach wie vor in der Schweiz hergestellt.» Als Grund für die Teilverlagerung nach Bratislava nennt sie «die weltweit starke Nachfrage nach Toblerone».

Und wie sieht es mit den Arbeitsplätzen in Bern Brünnen aus? Christine Benesch: «Wir haben in den letzten fünf Jahren erheblich in unser Werk in Bern investiert und planen weitere Investitionen, um unsere Kapazitäten zu erhöhen. Wir vergrössern unser Team weiter in den Bereichen Elektronik, Mechanik, Produktion und Logistik.»

Unia-Industrie-Mann Johannes Supe hört das wohl, allein er bleibt vorsichtig. «Bisher ist Mondelez nicht bereit, die Beteuerung vertraglich zu fixieren.» Tatsächlich hatte die Unia verlangt, dass die Sicherung des Standorts für die kommenden Jahre in einem Vertrag festgehalten werde. Doch Verhandlungen nahm die Firma nicht auf, lieber beliess es Mondelez bei Versprechungen. Entsprechend genau schaut die Unia nun hin. Branchenleiter Supe: «Es ist klar: Bratislava darf nicht dazu benutzt werden, um Druck auf die hiesigen Löhne auszuüben.»

Die Geschichte der Schokoladenfabrik ist auch ein Stück Schweizer Industriegeschichte

Schoggi Tobler – die wilden frühen Jahre

Ein Teil der Toblerone wird künftig in der Slowakei hergestellt. Es ist die neueste Volte der Tobler-Geschichte, die mehr ist als eine Firmengeschichte. Selbst Bratislava war schon einmal ein Thema.

CLEMENS STUDER

Im Sommer gab der Lebensmittel-Multi Mondelez bekannt, dass er künftig einen Teil der Toblerone-Produktion von Bern in die slowakische Hauptstadt Bratislava auslagere. Und damit auf die Bezeichnung «Schweizer Milchschokolade» für die wohl schweizerischste aller Schweizer Schoggis verzichte (siehe Artikel links).

VERSPÄTETE INDUSTRIALISIERUNG

Der Agrarkanton Bern und besonders die Patrizier der Stadt fremdelten lange mit der Industrialisierung. Man wollte keine «englischen Zustände». Wobei wir getrost davon ausgehen können, dass sie nicht die himmelschreienden Lebensumstände der Fabrikarbeiterinnen und -arbeiter gestört haben, die Friedrich Engels so eindrücklich beschrieben hat. Sondern die daraus entstehenden revolutionären Ideen und Taten.

Erst ab 1890 holte die Stadt auf. Hochbrücken und die ersten Tramlinien erschlossen die Aussenquartiere. Wobei auch hier nicht alles auf städtischem Mist gewachsen ist. Die Kirchenfeldbrücke etwa wurde von der englischen Erschliessungsgesellschaft Berne Land Company Ltd. gebaut, die das Land im Kirchenfeld gekauft hatte. Sie wollte dort einen neuen Stadtteil bauen für die «vermögliche Bevölkerung, deren täglicher Wirkungskreis in der Stadt liegt, die aber für sich und ihre Familien gerne im Sommer das Landleben geniessen möchte». Mit hohen Landpreisen sollte dafür gesorgt werden, «dass kein Proletarierquartier auf dem Kirchenfeld entstehe». Industrie war ebenfalls verboten.

DER AUSWÄRTIGE

Ganz anders im Länggassquartier. Hier siedelten sich in der zweiten Hälfte des 19.Jahrhunderts Fabriken und Fabrikationen an. Darunter die Maschinenfabrik von Roll, eine Seidenfabrik, die Druckerei Stämpfli und die Keimzelle der späteren Schokoladenfabrik Tobler, die «Confiserie Spéciale Tobler». Wie die meisten der Berner Fabrikgründer war auch Johann Jakob Tobler ein Auswärtiger, genauer ein Appenzeller, der sich nach einem Aufenthalt in Paris Jean nennt. Ab 1868 produziert und vertreibt er verschiedene Süsswaren. 1894 steigt Sohn Theodor mit erst 18 Jahren ins väterliche Geschäft ein und überzeugt den Vater, eine eigene Schokoladenfabrik zu bauen. Die nimmt 1899 den Betrieb auf und läuft von Beginn weg hervorragend. 1902 wird die «Berner Chocoladen-Fabrik Tobler & Co. AG» gegründet, mit einem Aktienkapital von einer Million Franken, was heute etwa 50 Millionen Franken entsprechen würde.

DER WILDE THEODOR

Tobler jun. ist ein eigenwilliger und teilweise waghalsiger Unternehmer. Er kauft zum Beispiel 1905 die Turiner Schokoladenfabrik Talmone und verdoppelt so den Umsatz auf einen Schlag. Zwei Jahre später übernimmt er auch eine Schokoladenfabrik im Tessin. Doch ab 1909 sinken die Absätze, und die vergrösserten Fabriken sind schlecht ausgelastet. 1912 wird das Unternehmen saniert, in dem 40 Prozent des Aktienkapitals abgeschrieben und 2 Millionen Franken neues Kapital aufgenommen werden. Trotz der Krise ist Tobler mit 600 Beschäftigten 1912 der grösste Industriebetrieb der Stadt Bern.

Die Jahre des Ersten Weltkrieges lassen die Tobler-Umsätze und -Gewinne explodieren. Denn die Inlandnachfrage stieg, und die ausländische Konkurrenz im Export fiel weg. Unterdessen gehören zum Tobler-Konzern neben den Schokoladenfabriken auch eine Milchsiederei, ein Sägewerk und eine Grossdruckerei. Und fast wie ein börsenkotierter Konzern neoliberaler Prägung schüttet Tobler zwischen 80 und 90 Prozent der Gewinne aus. Davon profitieren das Aktionariat – und ein bisschen auch die Arbeitenden. Tobler richtet einen Sozialfonds mit einer Million Franken Kapital ein.

KÜMMERN UND KONTROLLIEREN

Theodor Tobler gründete eine ganze Reihe von «Arbeiterfürsorge- und Wohlfahrtseinrichtungen». Viele davon erfüllten die gesetzlich vorgeschriebenen Arbeiterschutzmassnahmen. Andere gingen darüber hinaus. So etwa die Alters-, Invaliden- und Hinterbliebenenfürsorge, die aus dem Sozialfonds gespeist wurde und durch Beiträge der Arbeitenden. Tobler hatte auch einen eigenen Sanitätsdienst mit Fabrikarzt und Heimpflegerinnen. Wobei hier die Grenze zwischen Fürsorge und Kontrolle fliessend war. Wenn die von der Firma angestellten Pflegerinnen kranke Arbeiterinnen und Arbeiter zu Hause besuchten, war das immer auch ein Kontrollgang. In der Blütezeit der Toblerschen Wohlfahrtseinrichtungen konnten sich Arbeiterinnen und Arbeiter rundum durch Tobler betreut vorkommen: Sparkasse, Häuschen, Speiseanstalt, Bibliothek, Ferienhäuser, Kartoffeln und Fleisch zum Sonderpreis – und so weiter und so fort.

DER STREIK

Theodors Toblers erklärtes Ziel: die Leistung der Arbeitenden steigern – und die Gewerkschaften kleinhalten. Denn fernhalten war ihm misslungen. 1919 entliess Tobler vier organisierte Arbeiter, die zusammen mit 100 nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen für die Freilassung des Landesstreikführers Robert Grimm demonstriert hatten. Diese gewerkschaftsfeindlichen Entlassungen liessen sich die Tobler-Arbeitenden nicht gefallen und streikten für mehrere Tage. Die Firmenleitung musste mit dem VHTL zum ersten Mal eine Gewerkschaft als Arbeitnehmenden-Vertreterin anerkennen.

SCHON DAMALS: BRATISLAVA

In den Nachkriegsjahren bricht Toblers Umsatz massiv ein, und der Konzern schreibt Millionenverluste, die mit buchhalterischen Tricks kleingerechnet werden. Weil die bisher überreichlich geflossenen Dividenden ausbleiben, werden die Aktionäre unruhig. Sie verlangen den Verkauf der Nebenbetriebe und jammern über die «hohen Steuern». Wie heutige Steueroptimierer verlegt Tobler den Holdingsitz in einen Steuerdumping-Kanton, damals Schaffhausen. Der Kanton Bern will sich das nicht gefallen lassen, klagt und bekommt vom Bundesgericht recht. Tobler im Gegenzug vom Kanton Bern Steuergeschenke.

Tobler wollte die Gewerkschaften kleinhalten – was ihm misslang.

Theodor Tobler lehnt trotz der schlechten Auslastung der Fabriken eine Verkleinerung des Unternehmens ab. Stattdessen will er Länder mit schwachen Währungen oder hohen Schokoladenzöllen aus Fabriken vor Ort beliefern oder Lizenzen vergeben. Nach der Expansion nach Frankreich, Belgien und England will Tobler 1924 mit dem grossen deutschen Schokoladeproduzenten Stollwerck ein Gemeinschaftsunternehmen gründen. Von Bratislava aus sollen die damalige Tschechoslowakei, Ungarn und Rumänien beliefert werden. Doch an der Generalversammlung stoppen die Aktionäre diese Pläne. Ein aufgebrachter Tobler tritt daraufhin aus dem Verwaltungsrat «seines» Unternehmens zurück. Das erschreckt die widerspenstige Aktionärsgruppe derart, dass sie ihre Vertreter aus dem Verwaltungsrat zurückzieht und ihre Anteile verkauft. Tobler kehrt als gestärkter Sieger ins Unternehmen zurück.

TOBLER OHNE TOBLER

Danach führt Tobler seine Umsatzjagd im Ausland noch wilder weiter. Mit einem unguten Ende. Die Expansion in die USA wird zum teuren Flop. Kurze Zeit nachdem Tobler 1925 eine Vertriebsgesellschaft mit 150 Vertretern gegründet hatte, erhöhten die USA die Zölle auf Schokolade massiv. Die Weltwirtschaftskrise vier Jahre später mit dem Zusammenbruch des Exports trifft Tobler ins Mark. 1931 kann das Unternehmen eine Anleihe von 4 Millionen Franken nicht zurückzahlen. Verhandlungen mit den Gläubigern scheitern, und das Unternehmen muss Nachlassstundung anmelden. Der gesamte Verwaltungsrat tritt zurück, Theodor Tobler bleibt als Direktor in der Firma. Aber nicht für lange. Denn der als Sachwalter eingesetzte Berner Notar Otto Wirz führt ein hartes Regime. Er verkauft alle Auslandsgesellschaften und die Nebenbetriebe. Tobler soll sich auf die Schweiz beschränken. Durch die Verkäufe und eine extrem vorsichtige Geschäftspolitik gelingt die Sanierung. Doch Direktor Tobler fühlt sich durch die straffe Führung – jede Ausgabe über 2000 Franken muss er dem Verwaltungsrat vorlegen – eingeengt. Im Juni 1933 verlässt er, offiziell in «gütlichem Einvernehmen», das Unternehmen – und wird in der Firma ab sofort zur offiziellen Unperson. Tobler schreibt seine Geschichte ohne Tobler weiter (siehe Artikel links).

Quelle u. a.: Chocolat Tobler. Zur Geschichte der Schokolade und einer Berner Fabrik. Berner Zeitschrift für Geschichte und Heimatkunde, 63, 2001, Heft 1. Zum Weiterlesen hier als PDF: **www.rebrand.ly/tobler-geschichte.**

UNBESCHEIDEN: Die wohl älteste Darstellung der Schokoladenfabrik Tobler in der Berner Länggasse. Zu Werbezwecken überdimensioniert und vor das Alpenpanorama gestellt. 1993 zog die Universität in das alte Fabrikgebäude ein. FOTO: SAMMELBILDERALBEN.CH / KOLORATION: TNT-GRAPHICS

WIE AM FLIESSBAND: Frauen beim Einpacken der Tobler-Schokoladen, unter Aufsicht einer Vorarbeiterin (1910).

HERZ DER FABRIK: Arbeiter im Conchensaal, wo die Schoggimasse exakt temperiert und verrührt wird (ca.1906).

FAMILIENSACHE: Kinder von Tobler-Arbeiterinnen und -Arbeitern vor der Abfahrt ins fabrikeigene Ferienlager (1920).

IDEENKÜCHE: Für den wirtschaftlichen Erfolg setzte Tobler auf die Fähigkeiten aggressiver Werbemänner (1908).

FOTOS: CHOCOLAT TOBLER / KEYSTONE / ZVG

Schule: Tobler und die Herrensöhnchen

Adeline Tobler, die Frau von Gründer Jean, war energisch und geschäftstüchtig. Und sie wollte ihren Kindern einen Aufstieg in die «besseren Kreise» ermöglichen. Darum schickte sie die Buben in die Lerber-Schule, eine Schule für «aristokratische Herrensöhnchen». Theodor Tobler verlor die Illusion schnell. Besonders bitter: Als er ein einziges Mal einen von May einladen konnte, ging's gehörig schief. Die Buben assen zum Zvieri von der vorbereiteten kalten Bratwurst und tranken vom verdünnten Wein. Weil's dem Gast so gut schmeckte, holte Theodor Nachschub. Das Weinverdünnen ging wohl vergessen. Jedenfalls schnitt ihn von May am Folgetag in der Schule. Darauf angesprochen, beschied er Tobler: «Ich war gestern betrunken. Meine Eltern verbieten mir, mit dir zu gehen.» Tobler verliess die Schule früh und stürzte sich ins Arbeitsleben. Später ärgerte er die Berner Aristokraten als bürgerlicher Pazifist, Freimaurer und Paneuropäer. Und mit einer Absage. Denn als Tobler an der Spitze der Berner Wirtschaftselite angelangt war, erreichte ihn eine Anfrage der Burgergemeinde, ob er jetzt nicht das Berner Burgerrecht erwerben möchte. Toblers trockene Antwort: «Vielen Dank, aber ich bin ganz zufrieden, Appenzeller zu sein.» (cs)

TOBLERONE TOBLERONE TOBLERONE

1867

Jean Tobler übernimmt ein Zuckerwarengeschäft im Berner Länggassquartier. Und baut es aus.

1894

Theodor Tobler steigt ins Geschäft seines Vaters ein und regt die Gründung einer eigenen Schokoladenfabrik an.

1904

Tobler-Werbung um die Jahrhundertwende.

1908

Theodor Tobler und **Emil Baumann** erfinden die Toblerone. Auf der Verpackung kein Matterhorn, dafür ein Adler mit Schweizer und Berner Flaggen.

1933

Theodor Tobler wird ausgebootet und unter den neuen Eigentümern zur Unperson.

1970

Die beiden Unternehmen **Suchard** und **Tobler** fusionieren. Das Matterhorn kommt auf die Toblerone-Verpackung.

1985

In **Bern Brünnen** wird eine neue Produktionsanlage für die **Toblerone** eingeweiht.

1993

In der Tobler-Fabrik in der Länggasse Bern ist heute **die Universität** untergebracht.

rosazukunft Technik, Umwelt, Politik

500-Watt-Rädli: Sind Kleinwindkraft-Anlagen die Alternative zu bisherigen Windkraftwerken ?

Die Windkraft in der Schweiz hat Blei in den Flügeln. Wird sich daran etwas ändern? Vielleicht dank kleinen innovativen Brummern aus Deutschland?

Die neuen, erneuerbaren Energien gewinnen das Rennen gegen alte und neue Atomkraftwerke, gegen Kohlekraftwerke und gegen Gaskraftwerke. Nicht nur in Sachen CO_2-Ausstoss, sondern auch in Sachen Preis pro produzierte Kilowattstunde Strom.

NUFENEN-FLOP. Eigentlich ergänzen sich Windstrom und Solarstrom gar nicht schlecht. Der Wind bläst auch in der Nacht, wenn die Sonne schläft. Und Windkraftwerke produzieren 60 Prozent ihrer Energie im Winter. Der Anteil der Winterproduktion ist somit selbst höher als etwa bei den beiden im Wallis geplanten alpinen Solarparks Gondo Solar oder Grengiols Solar.

Doch in der Schweiz ist die Windkraft denkbar schlecht gestartet. Denken wir nur an die grossen Windräder westlich des Nufenenpasses, die die damalige Energieministerin Doris Leuthard 2016 eingeweiht hatte. Sie produzieren viel weniger Strom als ursprünglich berechnet. Und eine Sanierung jagt die nächste. Noch fehlt es an einer Aufarbeitung dieses Desasters.

Sind vielleicht kleine Windräder eine Alternative? Versuchen wir uns vorerst mit den wichtigsten Daten vertraut zu machen:

- Ein Klein-Windrad des Berliner Start-up Mowea hat eine Leistung von 500 Watt. Man kann modular bis 100 solche Windräder zusammenstecken.
- Die Dinger sollen mit maximal 35 Dezibel recht leise brummen. Aber zertifizierte Tests gibt es bisher noch nicht. Start-ups sind immer etwas knapp bei Kasse.
- Jedes Windrad bestreicht eine Fläche von 1,8 Quadratmetern.
- Jede der nur 35 Kilogramm schweren Einheiten kann über das Handy separat gesteuert werden. Auch dank bürstenlosen und deshalb effizienten Generatoren.

Die Anlagen sollen auf Flachdächern in Käfige kommen, damit sie aus unseren Gliedmassen nicht Hackfleisch machen. Die Kosten sollen mittelfristig bei 500 Franken liegen. Und pro Jahr dürfte man an halbwegs windigen Lagen 500 Kilowattstunden Strom produzieren können. Wäre schon mal eine Hausnummer. 10 Windräder reichen für einen Haushalt.

Bis jetzt ungeklärt ist die Frage: Ist das mehr als Greenwashing und ein valabler Beitrag zur Rosa Zukunft? Wir bleiben dran.

MIKRO-WINDANLAGE: Die kleinen Mowea-Windrädli können auf Hausdächern und an Funkmasten installiert werden. FOTO: MOWEA

LINKS ZUM THEMA:

- **rebrand.ly/windrad-daten**
Ein paar spannende Informationen zum Klein-Windrad des Berliner Start-up Mowea.
- **rebrand.ly/windkraft-video**
Auf der Homepage des Telekomunternehmens Vodafone findet sich dieses Video, das erklärt, wie Kleinwindkraftanlagen funktionieren. Vielleicht.
- **rebrand.ly/masten-tauglich**
Die Funkmastbetreiberin Vantage Tower ist eine Tochter von Vodafone. Vodafone will 52 seiner Funkmasten mit Mowea-Windrädern ausstatten. Diese sollen zwei Drittel der Energie liefern, die ein Funkmast benötigt. Steckt darin mehr als nur Imagewerbung?
- **rebrand.ly/meteo-karten**
Meteo Schweiz macht digitale Windkarten, die immer besser werden. Wir können nachschauen, wie stark der Wind in Höhen von 50 bis 150 Metern über Boden im Durchschnitt eines Jahres pfeift. Mowea-Windräder sind – ausser wenn man sie auf Masten montiert – Bodenschleicher. Meteo Schweiz hat also noch Luft nach unten.

Sie finden alle Links direkt zum Anklicken auf der work-Website unter der Rubrik «rosazukunft»: **www.workzeitung.ch**

INSERAT

Neuer Dok-Film über Einführung der 2. Säule. Ex-Bundesrätin Dreifuss:

«Das war ein riesiger Fehler»

Warum schmelzen unsere Pensionskassenrenten wie Schnee an der Sonne? Die Antwort hat ein kritischer Dokfilm aus der Westschweiz. Ein echter Politkrimi.

RALPH HUG

Die zweite Säule wäre eigentlich eine Sozialversicherung. Doch sie ist zu einer Gewinnmaschine für die Versicherungskonzerne verkommen. Das Nachsehen haben die Arbeitenden: Das ist, kurz gefasst, die Botschaft von Pietro Boschetti und Claudio Tonetti. Die beiden Journalisten aus der Westschweiz gingen dem steten Verfall unserer Pensionskassenrenten nach. Und fanden einen wahren Politkrimi.

Ihr knapp einstündiger Dokfilm «Das Protokoll – die unbekannte Geschichte der zweiten Säule» ist jetzt am Fernsehen zu sehen.* Er zeigt hautnah, wie sich die Versicherungslobby ein Gesetz schneidern liess, das ihr fortan Milliardengewinne in der beruflichen Vorsorge sicherte.

Die Rente aus der AHV wurde mit Absicht kleingehalten.

UNBEQUEMER RÜCKBLICK: Eine Volksinitiative wollte 1972 den Ausbau der zweiten Säule verhindern. Doch SP und Gewerkschaften waren dagegen. Und lagen falsch damit, wie Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss heute sagt. FOTO: SRF

EIN MAULWURF BEIM BUND

Die Wurzeln gehen zurück ins Jahr 1918. Damals fuhr der Generalstreik den Unternehmern mächtig in die Knochen. Plötzlich waren sie bereit, Pensionskassen für die Arbeitenden einzurichten, um die grassierende Altersarmut zu lindern. So entstand noch vor der AHV ein Vorsorgemarkt. Klar, dass die Versicherer da mitmischten. Sie hiessen Rentenanstalt (heute Swiss Life), Zurich, Allianz, Pax, Basler – und witterten lukrative Geschäfte. Mit dem Thurgauer Juristen Peter Binswanger hatten sie einen Experten, der ihre Interessen direkt beim Bund umsetzte. Als hoher Beamter beim Bundesamt für Sozialversicherungen sass Binswanger genau dort, wo die Gesetze geschrieben wurden.

Als 1947 die AHV geschaffen wurde, sorgten die Versicherer dafür, dass die AHV-Renten möglichst gering waren. Die Minimalrente betrug 40 Franken. Dann – so ihr Kalkül – würden die Leute ihre Renten umso eher in der zweiten Säule aufbessern. Und dieses Geld liegt eben nicht beim Staat, sondern bei den Privatversicherungen. In einem vertraulichen Protokoll aus dem Jahr 1972 ist diese Strategie schwarz auf weiss festgehalten. Die Journalisten Boschetti und Tonetti zitieren daraus in ihrem Dok-Film. Und rekapitulieren, wie sich die Versicherer damals im Hotel Atlantis in Zürich trafen und sich die Hände rieben. Sie erwarteten gute Geschäfte mit den Vorsorgemillionen der Arbeitenden. Und die machten sie auch. Mega-Rentenklau inklusive! Bis dieser 2002 schliesslich aufflog. Und das Parlament darauf das Gesetz über die berufliche Vorsorge erstmals leicht verschärfte.

CHANCE VERPASST

Doch die Macht der Versicherungslobby blieb ungebrochen. Die Versicherungskonzerne erreichten bei der BVG-Revision, dass das Gesetz ihnen weiterhin einen Gewinn von 10 Prozent des Ertrags bei der Anlage der Pensionskassengelder garantiert. Wo gibt's das sonst? Deshalb konnte die Abzockerei fröhlich weitergehen – genauso wie das Spekulieren mit den Versichertengeldern im internationalen Finanzcasino. Heute erleben wir dies in Form stark sinkender PK-Renten bei gleichzeitig riesigen Gewinnen der Versicherungskonzerne.

Vor genau 50 Jahren hätte es die Chance gegeben, all das zu verhindern. Bei einer Abstimmung 1972 hiess das Volk das Dreisäulenmodell gut. Gleichzeitig wurde die Initiative für eine Volkspension («Super-AHV») der Partei der Arbeit abgelehnt. Diese hätte statt der zweiten Säule die solidarisch finanzierte AHV ausbauen wollen. Die Ablehnung dieser Initiative war ein Fehlentscheid mit gravierenden Folgen.

Mitschuldig sind daran auch die Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei, wie der Film kritisiert. Sie hatten sich gegen die Volkspensions-Initiative gestellt – und lagen falsch. Ex-Bundesrätin Ruth Dreifuss räumt dies im Film selbstkritisch ein. Und bringt es mit einem prägnanten Satz auf den Punkt: «Der Fehler war, eine Sozialversicherung einfach Privaten zu überlassen.»

* Der Dokfilm ist am Donnerstag, 27. Oktober, um 20.05 Uhr auf SRF 1 zu sehen.

Pensionskassenskandal: Als der Rentenklau aufflog

Im Jahr 2002 wurde klar, dass die Lebensversicherer jahrelang Überschüsse aus der Verwaltung der Pensionskassengelder in die eigene Tasche gesteckt hatten, statt sie als Renten auszuzahlen. Plötzlich fehlten 20 Milliarden Franken. Die Kritik an diesem gewaltigen Rentenklau schlug hohe Wellen. Im Film schildert die unerschrockene Nationalrätin Christine Egerszegi, wie sie in der Kommission, die das aufklären sollte, bei den Versicherern und dem mit ihnen verbandelten Bundesamt für Privatversicherungen aufliefen. Diese wollten keine Transparenz. Sie wussten, warum. (rh)

Arbeiterpresse

Druckerei selig

Ohne eigene Zeitung keine Meinungsfreiheit. Und ohne eigene Druckerei keine Unabhängigkeit! Aus dieser Überzeugung gründeten Gewerkschaften und Arbeiterparteien schon früh Genossenschaftsdruckereien, so etwa die GDZ in Zürich im Jahr 1898. Sie mauserte sich zu einer der grössten Druckereien des Landes. 250 Mitarbeitende zählte sie 1989. Doch gegen die anhaltende Branchenkrise kam sie nicht an. 2020 ging sie in Liquidation. Historiker Adrian Knoepfli hat die beeindruckende Geschichte der Druckerei jetzt recherchiert und aufgeschrieben.

Adrian Knoepfli: **Am Anfang war die Zeitung. Geschichte der Genossenschaftsdruckerei Zürich 1898–2022.** Scheidegger & Spiess, Zürich 2022, 96 Seiten, 58 Abbildungen. Fr. 35.–.

Vernissage

Die Schweiz auf Drogen

Die Juso fordert es schon lange: «Harte Drogen gehören legalisiert!» Seit neuem ist auch die Zürcher FDP dieser Meinung. Was zeigt: Es ist einiges in Bewegung in der helvetischen Drogenpolitik. Wie es dazu kam, zeigt jetzt «Die Schweiz auf Drogen», ein Geschichtsbuch der seltenen Art. Fünf Historiker analysieren darin, warum sich der gesellschaftliche Blick auf «Gift», «Stoff» und «Shit» immer wieder gewandelt hat. Und sie ziehen kritische Schlüsse. An der Buchvernissage in Zürich diskutieren die Autoren ihre Erkenntnisse mit Peter J. Grob, ehemaligem Medizinprofessor und «Needle-Park»-Kenner, sowie mit Felix Gutzwiller, Präventivmediziner und alt Ständerat.

Peter-Paul Bänziger, Michael Herzig, Christian Koller, Jean-Félix Savary, Frank Zobel: **Die Schweiz auf Drogen. Szenen, Politik und Suchthilfe 1965–2022.** Zürich 2022, 386 Seiten, 85 Bilder, Fr. 38.–. Vernissage: Montag, 31. Oktober, 19 Uhr, Schweizerisches Sozialarchiv, Stadelhoferstrasse 12, Zürich.

work1x1 der wirtschaft

Daniel Lampart

MARKTMÄCHTIGE UNTERNEHMEN: AUSMASS UND GEFAHREN

Der «Arbeitsmarkt» ist alles andere als ein normaler Markt. Denn es geht dabei um Menschen, die arbeiten, und nicht um Waren oder Dienstleistungen wie Spaghetti oder Zugbillette. Der grösste Teil der Menschen muss arbeiten, um leben zu können. Mit dem Arbeitsmarkt sind immer auch soziale Fragen verbunden. Zu wenig bekannt ist, dass die Arbeitgeber auf zahlreichen Arbeitsmärkten eine Marktmacht haben. So gibt es für Lokführerinnen und Lokführer in den meisten Regionen der Schweiz nur einen Arbeitgeber. Entweder sind es die SBB, die Rhätische Bahn oder die BLS. Auch Polizistinnen, Lehrer oder Intensivpflegerinnen können kaum zwischen verschiedenen Arbeitgebern auswählen. Sie arbeiten oft für den Kanton oder für ein Kantonsspital.

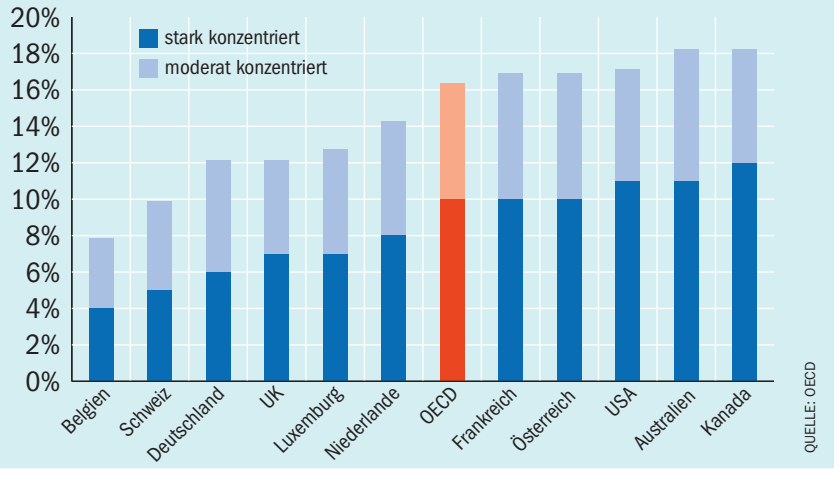
MISSBRAUCH MÖGLICH. In der Privatwirtschaft gibt es ähnliche Fälle. Etwa dort, wo Menschen in besonders spezialisierten Berufen arbeiten. Oder in ländlichen Gebieten, in der die Bergbahngesellschaft das einzige grössere Unternehmen im Tal ist. Diese Marktmacht kann missbraucht werden, indem die marktmächtige Firma tiefere Löhne zahlt, als das der Fall wäre, wenn die Arbeitenden zwischen mehreren Arbeitgebern wählen könnten.

MINDESTLÖHNE HELFEN. Gute Wirtschaftslehrbücher gehen auf dieses Problem der Marktmacht ein. Sie empfehlen für diese Fälle staatliche Mindestlöhne oder überregionale Gesamtarbeitsverträge. Damit könnten die Löhne auf das korrekte Niveau angehoben werden. Und nicht nur haben die Angestellten mehr Lohn, sondern ist auch die Arbeitslosigkeit geringer. Auf Kosten der marktmächtigen Firmen, die etwas weniger Gewinn machen. Die OECD hat versucht, das Ausmass dieser Marktmacht zu schätzen, wobei sie sich auf den regionalen Aspekt beschränkt. In der Schweiz arbeiten rund 10 Prozent der Berufstätigen der Privatwirtschaft in Berufen mit starker oder moderater regionaler Marktmacht der Arbeitgeber. In Staaten mit weniger dicht besiedelten Regionen wie Australien oder Kanada sind die Konzentrationen natürlich wesentlich höher. Würden zudem die öffentlichen Betriebe und die besonders spezialisierten Berufe dazugezählt, wäre die Marktmacht noch viel grösser.

Daniel Lampart ist Chefökonom des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds (SGB).

Die Marktmacht von Firmen in OECD-Staaten

(Anteil der Stellen bei regional marktmächtigen Firmen in der Privatwirtschaft in Prozent, 2019)



Aktionskonferenz

Raus aus der Care-Krise!

Ob in Pflege, Betreuung oder Erziehung – die kapitalistisch organisierte Care-Industrie führt zu systematischer Vernachlässigung menschlicher Bedürfnisse. Darunter leiden alle. Besonders betroffen aber sind Frauen, weil sie den Löwinnenanteil der Sorgearbeit verrichten – gratis oder unterbezahlt. Um aus dieser Krise herauszufinden, ruft ein breites Bündnis zur Aktionskonferenz «Für Widerstand sorgen» nach Zürich. Während zweier Tage finden Workshops, Vorträge und Austauschrunden statt. Mit dabei sind etwa das Reinigungskollektiv Autonomia, die gewerkschaftliche Kita-Gruppe Trotzphase, die Eidgenössische Kommission dini Mueter (EKDM) oder das Sex Workers Collective.

«Für Widerstand sorgen» – eine Aktionskonferenz zu Care-Arbeit. 22./23. Oktober, Rote Fabrik, Seestrasse 395, Zürich. Programm auf **fuerwiderstandsorgen.ch.**

Das offene Ohr

David Aeby
von der Unia-Rechtsabteilung beantwortet Fragen aus der Arbeitswelt.

AHV-Beiträge: Lohnabzüge auch bei Minderjährigen?

Ich bin 17 Jahre alt, gehe ins Gymnasium und putze in meinen Ferien das Schulhaus, um etwas Geld dazuzuverdienen. Mir wurde gesagt, dass ich dafür einen Stundenlohn von 17 Franken bekäme. Werden davon noch AHV- und Pensionskassenbeiträge abgezogen?

DAVID AEBY: Nein. Die AHV-Pflicht beginnt erst ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres. Im laufenden Jahr werden dir also für die AHV noch keine Abzüge gemacht. Solltest du aber nächstes Jahr wieder arbeiten, dann werden dir von deinem Lohn 5,3 Prozent abgezogen. Von diesen 5,3 Prozent geht der Grossteil an die AHV, ein kleiner Teil davon an die Invalidenversicherung (IV)

SACKGELD AUFBESSERN MIT FERIENJOB: Beiträge in die AHV und in die Pensionskasse einzahlen muss dabei erst, wer volljährig ist. FOTO: JUGEND-JOB-BÖRSE-BERN

sowie an die Erwerbsersatzordnung für Militärdienst, Zivildienst, Mutterschaft und Vaterschaft (EO).
Pensionskassenbeiträge werden ebenfalls erst ab dem 1. Januar nach Vollendung des 17. Altersjahres abgezogen. Im Gegensatz zur AHV bezahlt man bei der Pensionskasse allerdings nur dann Beiträge, wenn man pro Jahr mehr als 21 510 Franken verdient. Das ist bei einem Ferienjob wohl kaum der Fall.

Witwerrente: Darf die AHV meine Rente streichen?

Ich bin ein 50jähriger Mann und habe einen Sohn und eine Tochter. Der Sohn ist 23 Jahre alt. Meine Tochter ist 18 und im dritten Lehrjahr. Vor vier Jahren ist meine Ehefrau bei einem Verkehrsunfall ums Leben gekommen. Von der AHV bekomme ich seither eine Witwerrente und für meine Tochter eine Waisenrente. Die Waisenrente für meinen Sohn ist erloschen, seit er seine berufliche Ausbildung beendet hat. Vor kurzem hat mir die AHV nun mitgeteilt, sie werde mir jetzt keine Witwerrente mehr auszahlen, da meine Tochter jetzt volljährig werde. Die Waisenrente für meine Tochter bleibe aber weiter bestehen. Darf die AHV meine Witwerrente einfach streichen?

DAVID AEBY: Nein. Zwar steht im Artikel 24 des AHV-Gesetzes, dass ein verwitweter Mann nur so lange eine Witwerrente erhalte, bis das jüngste Kind 18 Jahre alt sei. Doch ein eben gefälltes Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte hat diese Regelung gerade geändert. Jetzt können Witwer auf den gleichen Bestimmungen bestehen, die bisher nur für verwitwete Frauen galten. Das heisst: Die Witwerrente wird nicht gestrichen, wenn das Kind volljährig wird. Und waren verwitwete Personen zum Todeszeitpunkt des Ehepartners oder der Ehepartnerin 45jährig oder älter und hat die Ehe mindestens fünf Jahre gedauert, erhalten sie auch dann eine Witwer- oder eine Witwenrente, wenn sie keine Kinder haben.
Witwer können in der Schweiz also fortan unter den gleichen Bedingungen wie Witwen eine Rente fordern.

Viamia, die Standortbestimmung für Berufstätige ab 40 Jahren

Stellen Sie Ihre Zukunft auf den Prüfstand!

«Gring ache u seckle», kommentierte Sportlerin Anita Weyermann ihren 1500-Meter-Lauf. Das war 1997. Sind Sie damals ins Berufsleben eingestiegen? Dann ist es jetzt Zeit, den Gring zu lupfen und sich einmal umzusehen. Wo stehen Sie in Ihrer Laufbahn? Die Viamia-Standortbestimmung ist kostenlos – und bringt viel!

HALBZEIT: Mit 40 plus schon die Jahre bis zur Pensionierung zählen – oder doch besser die Laufbahn aktiv gestalten. FOTO: GETTY

MARTIN JAKOB

Bianca Blaser war seit der Lehre berufstätig: «Ich arbeite gerne und liebe, was ich tue.» Die Innerschweizerin ist gelernte Hotelfachassistentin. Zusätzlich absolvierte sie eine kaufmännische Ausbildung und eine Weiterbildung zur Assistentin Geschäftsleitung. Heute arbeitet sie als Leiterin Administration in einem Alterszentrum. Aus verschiedenen Gründen schaute sie sich vor rund zwei Jahren nach einer neuen Anstellung um – mit 50 Jahren. «Ich schrieb mehrere Bewerbungen und wurde auch zu Vorstellungsgesprächen eingeladen.» Oft hiess es: «Sie bringen die Voraussetzungen mit, und trotzdem haben wir uns für eine andere Kandidatin entschieden.» Bianca Blaser begann sich zu fragen: «Bin ich zu alt? Bin ich überqualifiziert für das, wonach ich suche? Wie und in welchem Job möchte ich den Rest meines Arbeitslebens zubringen?» Die Verunsicherung führte Frau Blaser schliesslich zu Viamia.

Stefan Mercoli, ebenfalls Innerschweizer, trieb die Frage um, welche Richtung er seiner Laufbahn für die verbleibenden 20 Berufsjahre geben solle. «Das Alter 45 empfinde ich als Wegmarke, und ich wollte mal genauer hinschauen, wo ich stehe und wie ich meine berufliche Zukunft gestalten will.» Mercoli ist gelernter Augenoptiker und Verkaufsfachmann mit eidgenössischem Fachausweis. «Mich hätte nach der Lehre auch ein Bachelor-Studium als Optometrist gereizt, aber das wurde früher nur als Vollzeitstudium angeboten, und als frischgebackener Papi konnte ich mir diesen Arbeitsunterbruch damals nicht leisten.» Als Verkaufsmanager eines Grosshändlers für Brillenglas hat Mercoli einen spannenden Job – und doch den Wunsch, noch einmal etwas Neues in Angriff zu nehmen. «Ich bin im Internet auf Viamia gestossen und habe mich gleich angemeldet.»

Mit ihren 45 und 52 Jahren sind Stefan Mercoli und Bianca Blaser im besten Zielalter für Viamia – die kostenlose Standortbestimmung, Potentialabklärung und Laufbahnberatung für Erwachsene ab 40 Jahren. Viamia wird vom Bund gefördert und startete 2021 in einigen Kantonen als Pilotprojekt, seit Anfang 2022 sind alle Kantone mit dabei und setzen das gleiche Modell ein.

STÄRKEN BEWUSSTMACHEN

Urs Brütsch, Amtsleiter des Amts für Berufsberatung in Zug, hat den Piloten des nationalen Projekts entwickelt und grenzt das Angebot gegenüber einer klassischen Laufbahnberatung ab: «Die Menschen kommen in eine Laufbahnberatung, wenn sie sich neu orientieren oder sonst verändern wollen. Viamia ist für Personen gedacht, die in ihrem Beruf zufrieden sind und wissen möchten, was es braucht, damit sie als Fachleute auch in den nächsten zehn bis zwanzig Jahren gefragt und up to date sind. Der erste Schritt besteht deshalb in einer Standortbestimmung. Wo stehe ich heute beruflich? Über welche Ressourcen verfüge ich? Wie sind meine Chancen auf dem Arbeitsmarkt?»

Gerade Personen, die schon längere Zeit in derselben Firma tätig sind, verfügen oft nicht über eine zuverlässige Einschätzung ihrer Arbeitsmarktfähigkeit – also ihrer Attraktivität für andere Firmen. Besonders, wenn sie nach der Berufslehre keine offiziell anerkannten Diplome erlangt haben. Ob Verkäufer, Malerin, Bauarbeiter oder Elektrikerin: «Solche Personen haben im Lauf der Zeit vielleicht viele informelle Kompetenzen gesammelt», sagt Urs Brütsch, «sie sind sich ihrer aber meist nicht bewusst, und die Kompetenzen sind auch in keinem Arbeitszeugnis festgehalten.»

Das Bewusstmachen und Dokumentieren von Fähigkeiten zählt deshalb zu den häufigen Massnahmen im Lauf der Viamia-Beratung. Standard ist auch die gemeinsame Einschätzung der Aussichten im angestammten Beruf: «Wie entwickelt sich die Branche? Wie einfach kann meine Tätigkeit durch Automaten übernommen werden, und wie bald könnte das der Fall sein?»

INDIVIDUELLE BERATUNG

Wer sich zur Viamia-Beratung anmeldet, sendet in der Regel den Lebenslauf ein und füllt einen Online-Fragebogen aus. Darauf folgt das Beratungsgespräch. «In 20 bis 30 Prozent der Fälle endet die Beratung nach der Standortbestimmung», sagt Urs Brütsch. In den restlichen 70 bis 80 Prozent der Fälle folgen weitere ein bis drei Sitzungen. Dabei unterstützt die Viamia-Beratung zum Beispiel bei der Suche nach der geeigneten Weiterbildung, nach neuen Aufgaben in der eigenen Firma oder in einer neuen Umgebung oder beim Optimieren der Bewerbungsunterlagen.

WORKTIPP

IHR KONTAKT BEIM KANTON

Die kostenlose berufliche Standortbestimmung und Laufbahnberatung richtet sich an Menschen über 40 Jahre und steht Angestellten aller Berufe offen. Sie eignet sich also auch für all jene, die eine handwerkliche oder gewerbliche Berufslehre absolviert haben. Viamia wird durch die Kantone organisiert. Zuständig sind die kantonalen Stellen für Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung. Sie finden den Kontakt Ihres Wohnkantons auf **viamia.ch.**

IHRE LAUFBAHN

WEITER MIT MOVENDO

Wo stehe ich? Wohin will ich? Wie sieht mein nächster Job aus, und wie finde ich ihn? Bei Movendo, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften, finden Sie zu diesen Themen auch nächstes Jahr attraktive – und für Gewerkschaftsmitglieder kostenlose – Kursangebote:

DER ARBEITSMARKT, MEIN LEBENSLAUF UND ICH. Der Arbeitsmarkt verändert sich immer schneller, die Anforderungen an die Arbeitnehmenden steigen. Der Kurs befasst sich mit den Berufsaussichten der Teilnehmenden und mit ihren Bildungsmöglichkeiten. Es entstehen kreative Ideen für die Suche nach einer neuen Stelle. 20. März 2023, Bern.

ZIELORIENTIERT IN DIE ZUKUNFT. Jede Lebensphase birgt eigene Herausforderungen. Im Mittelpunkt des Kurses steht Ihre aktuelle persönliche Situation. Sie setzen sich mit den eigenen Fähigkeiten auseinander und erarbeiten Zukunftspläne mit ersten Schritten. 11./12. September 2023, Interlaken.

ÄLTER WERDEN IM BERUF. Berufstätig und um die 50 Jahre alt? Zeit, einmal in aller Ruhe übers Älterwerden im Beruf nachzudenken. Die Teilnehmenden arbeiten ihre Stärken und Schwächen heraus, überprüfen die Balance von Berufs- und Privatleben und planen allfällige Veränderungen. 26./27. September 2023, Schwarzenberg LU. (jk)

Infos und Anmeldung: **movendo.ch**

saldo tipp im work

Dieser Text stammt aus der Zeitschrift für Konsumentenschutz «Saldo».

DATENSAUGER: Manche Apps sammeln fleissig Benutzerdaten Ihres Smartphones und senden sie zum Beispiel an Google oder Facebook. FOTO: SHUTTERSTOCK

So entlarven Sie Apps mit grossem Datenhunger

Viele Apps sammeln Benutzerdaten und senden diese an Dritte. Oder sie haben Zugriff auf die Kamera und das Mikrophon Ihres Handys. Wenn Sie ein iPhone besitzen, können Sie überprüfen, auf welche Daten die Apps zugreifen. Bei iPhones ab iOS 14.5 öffnen Sie dazu den App-Datenschutzbericht. Diesen finden Sie in den Einstellungen unter «Datenschutz & Sicherheit». Damit der Bericht angezeigt wird, müssen Sie die Funktion aktivieren.
Unter «Zugriff auf Daten und Sensoren» finden Sie die zuletzt benutzten Apps, die etwa die Kamera verwenden, Zugriff auf die Fotosammlung haben oder Ihren Standort senden.
Unter «Netzwerkaktivität» sind Apps aufgelistet, die Daten an andere gesendet haben. Dort sehen Sie detailliert, welche Domains die Apps kontaktiert haben. Oft sind dies Server von Datensammlern wie Google oder Facebook.

Die Datenspionage lässt sich nur teilweise verhindern.

JE NACH APP. Verhindern lässt sich die Datenspionage nur teilweise. In den iPhone-Einstellungen können Sie unter «Datenschutz & Sicherheit» → «Tracking» einigen Apps verbieten, Daten an Dritte zu senden. Zudem können Sie in den Einstellungen unter «Mikrophon» oder «Kamera» den Zugriff verwehren. Einige Apps wie «Zoom» funktionieren allerdings nur, wenn der Zugriff erlaubt ist.
Für Android gibt es ab Betriebsversion 12 die Funktion «Privacy Dashboard». Mit ihr sehen Sie zwar nicht, welche Server kontaktiert werden. Doch immerhin erfahren Sie, welche Apps auf die Kamera oder das Mikrophon zugreifen, und können dies unterbinden.

MARC MAIR-NOACK

MAHLZEIT! Gemäss einer Umfrage der Firma Swibeco geben Berufstätige fürs Mittagessen auswärts im Durchschnitt 15 Franken aus. FOTO: ADOBE STOCK

Auswärts essen – für Berufstätige oft ein gewichtiger Budgetposten

Da haben wir den Salat. Aber wer bezahlt ihn?

Wer ganztags arbeitet, kommt ums Auswärtsessen kaum herum. Und bezahlt dafür selbst. Aber nicht immer!

MARTIN JAKOB

Reicht Ihnen die Zeit nicht, fürs Mittagessen (oder bei Schichtarbeit für eine andere Mahlzeit) nach Hause zu fahren? Dann tragen Sie die Kosten der auswärtigen Verpflegung im Normalfall selber. Denn essen würden Sie ja so oder so, und Auslagen des persönlichen Unterhalts muss Ihnen die Firma nicht ersetzen. Einziger Trost: Akzeptiert das Steueramt, dass Ihnen für die Verpflegung die Rückkehr nach Hause nicht zumutbar ist, dürfen Sie die Mehrkosten auswärtiger Verpflegung von der Steuer absetzen.

Für die direkte Bundessteuer und in den meisten Kantonen beträgt der Abzug 15 Franken oder die Hälfte davon, falls Ihre Firma die Verpflegung verbilligt – zum Beispiel mit Essenschecks oder mit einer Kantine. Die Halbierung des Abzugs ist unabhängig davon, ob Sie das Angebot der Firma tatsächlich nutzen oder nicht. Auch wenn Sie lieber das etwas teurere Menu bei Ihrem Lieblingsitaliener geniessen, wird Ihnen nur ein Steuerabzug von 7 Franken 50 pro Tag gewährt.

15 FRANKEN ODER MEHR. Von der Grundregel des Selberzahlens ergeben sich aber einige Abweichungen: Es gibt durchaus Situationen, in denen die Firma für die Kosten Ihrer Verpflegung aufkommen muss. Zum Beispiel, falls Sie Überstunden leisten müssen und deshalb zum Essen nicht wie üblich zu Hause sein können. Oder wenn Sie zu einem auswärtigen Arbeitseinsatz geschickt werden. Die Höhe der Entschädigung sollte dabei die Kosten eines einfachen Menus mit Getränk decken, 15 Franken gelten als Minimum. Schlagen Sie im Gesamtarbeitsvertrag für Ihre Branche nach, ob und welche Richtlinien für den Auslagenersatz bei auswärtiger Verpflegung gelten **(gav-service.ch).** Oft regeln die Firmen die Entschädigungen auch in einem Spesenreglement.

ESSEN MIT PFLICHTEN. Gehört es zu Ihren Pflichten, Ihr Mittagessen gemeinsam mit Personen einzunehmen, die von Ihnen betreut werden – etwa in einer Kita oder einer anderen Betreuungseinrichtung –, zählt die Essenszeit als Arbeitszeit. Sie bezahlen fürs Essen zwar nichts, müssen sich die Mahlzeiten aber als Naturallohn anrechnen lassen. Pro Mittagessen sind das nach geltender AHV-

Bei Überstunden und Auswärtseinsätzen gehen Essenskosten zulasten der Firma.

Tabelle 10 Franken, die Ihnen als steuerpflichtiges Einkommen aufgerechnet werden. Sind Sie während des Mittagessens nur betreuend tätig und nehmen die Mahlzeit erst danach in einer Pause ein, darf Ihnen die Firma dafür zwar einen Betrag in Rechnung stellen – aber nur, wenn Sie damit einverstanden sind und nicht lieber etwas Mitgebrachtes essen.

KEIN BEZUGSZWANG. Mitarbeitende in der Gastronomie oder Hotellerie erhalten oft Gelegenheit, sich im firmeneigenen Restaurant zu verpflegen. Dafür bezahlen sie der Firma einen Betrag, der vom Lohn abgezogen wird. Je nach Betrieb essen Angestellte damit recht günstig. Allerdings ist das Essen im Hause keine Verpflichtung: Wer seine Verpflegung lieber selber mitbringt, muss sich auch keine Essensabzüge gefallen lassen. Die gesetzliche Bestimmung dazu ist klipp und klar: «Abreden über die Verwendung des Lohnes im Interesse des Arbeitgebers sind nichtig.»

MITTAGSPAUSE

DEN KOPF LÜFTEN

Pausenzeit ist Freizeit – nutzen Sie sie, um abzuschalten und neue Kräfte zu sammeln. Wo und wie Sie Ihre Mittagspause verbringen, steht Ihnen grundsätzlich frei. Die Firma muss dafür sorgen, dass Sie den Arbeitsplatz für Ihre Pausen verlassen können. Sie kann allerdings Ihre Bewegungsfreiheit einschränken und Ihnen zum Beispiel untersagen, das Firmenareal zu verlassen. Dafür muss sie aber zwingende betriebliche Gründe nennen können.

Konsumentinnenschutz per E-Mail

Jede Woche Spartipps

Was tun gegen die Preisexplosion? Die Stiftung für Konsumentenschutz verschickt einen Newsletter, der Ihnen sparen hilft.

«Eine sozialpolitische Zeitbombe» hat Caritas-Schuldenberater Lorenz Bertsch die aktuell heftige Teuerung im work-Interview genannt **(rebrand.ly/gefaehrliche-inflation).** Denn gerade Haushalte mit tiefem Einkommen geraten jetzt schnell an den Anschlag.

Das eine ist: Jetzt müssen auch die Löhne steigen. Das andere: Weil Konsumentinnen und Konsumenten die Preise und die Teuerung kaum beeinflussen können, müssen sie zumindest gut im Bild sein über ihre Sparmöglichkeiten.

Die Stiftung für Konsumentenschutz beschäftigt sich Tag für Tag mit Preisen und Preisvergleichen und macht sich auf politischer Ebene stark für die Anliegen der Konsumentinnen und Konsumenten. Aktuell mit der an den Bundesrat gerichteten Forderung nach

Die besten Tipps für einen preisbewussten Einkauf.

einem «Konsumentenschutzschirm». Darin vorgeschlagen sind zum Beispiel eine wirksamere Entlastung bei den Krankenkassenprämien und eine Stärkung der Preisüberwachungsbehörden.

Den wöchentlichen Spartipp-Newsletter erhalten Sie nach der Anmeldung jeden Samstag in Ihr Mail-Postfach. Natürlich kostenlos: **rebrand.ly/sparletter.** (jk)

workrätsel

Gewinnen Sie ein K-Tipp-Abo!

K-Tipp.
Wir testen für Sie.
Wer abonniert, profitiert.

LÖSUNG, GEWINNERINNEN UND GEWINNER AUS NR. 16
Das Lösungswort lautete: STROMPREIS

	U		O		A			U			E			A	
G	R	U	N	D	L	A	G	E	N		L	E	R	N	E	N	D	E
	E		K		P	U	C	K	S		O		H	E	R	O	E	
	L	O	E	H	N	E		L		S	C	H	E	U		K		J
	T	A	L		A		R	A	N	C	H		B		B	I	K	E
	E	S		S	C	O	U	T		H		R	E	F	R	A	I	N
	R	E	I	C	H		D		R	U	B	I	N		O		R	E
I	N	N		H		L	E	B	E	R		T		S	W	I	S	S
			K	U	G	E	L		G		D	E	K	A	N		C	
	A	K	U	T		I		S	A	G	E	N		U		O	H	M
	W		E		R	E	E	L	L		P		S	C	H	R	E	I
F	A	H	N	D	E	R		A		L	O	C	K	E		B		N
	R	A	G		S		A	L	I	E	N		U		H	I	R	N
	D	U		C	E	L	L	O		B	I	G	L	E	R		H	I
	S	T	A	D	T		L	M	V		E	I	L		G	A	B	E

DEN PREIS, drei Coop-Gutscheine à je Fr. 100.–, haben gewonnen: Alfred Burkhard-Haenni, Uttigen BE; Ruth Hänggi, Riehen BS; Maria Honegger, Büsingen (D). Herzlichen Glückwunsch!

Hauptstadt v. Moldawien			Wasserfahrzeuge	Comicfigur: Lucky ...	hoher militär. Rang			kelt. Name Irlands	schwerfällig, klobig	ital. Tonbez. für das F	Fuchsschwanz		Halbton unter G		frz. Filmpreis	Eisenbahnwagen	amerik. föderale Republik	Doppelkonsonant
Baumprodukt Mz.						7		Grosse ..-aktion in Bern							Die ... der Frauen			
Geliebte des Zeus			Variante		Vorn. v. Autor Meienberg †								bunter Tropenvogel		Baumteil			
stelzen, steif gehen							13	Kinderfrauen		Klettertiere		Waldgebiet in Sibirien				5		hinweisendes Wort
					Türstopper Mz.		Laie, Nichtprofi							11	private Art der Anrede		Flugzeugführer Mz.	
tiefe Zuneigung		moral. Gesinnung		heftige Kontroversen								Baskenmütze		Drogen (ugs.)			9	
Teil e. Pullovers			4				süsser Brotaufstrich		Teil des Pfeilbogens		russischer Anarchist † (Michail)							
				schriftl. Prüfung		mit den Augen wahrgenommen		3						schweiz. Volksmusiker † (Martin)		frz. Artikel		
dicker Haarknoten	Fleischspeise (ugs.)		ugs.: jammern								Werkzeug		ehe		12			
Produkt v. Schaf						schweiz. Bahngesellschaft		chem. Verbindung		anti, kontra		1				Erdzeitalter		Gesichtsfarbe
		8	Speisefische		abgeschlossen				2				Teil des Schlittschuhs		Satz b. Tennis (engl.)			
Fragewort		Selektion								jamaik. Tanzmusik		nicht Grosse				6		
Lichtbilder					an diesem Ort, dort		Personalpronomen		informeller Gruss		10				dt. Vorsilbe: weg		EG-Nachfolgerin	
Schrifttum		Präteritum von laden (1. Pers.)				obere Raumbegrenzung						Mehr ... an die Macht!						
									altes Mass d. Drucks					Vogelnachwuchs				

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13

Lösungswort einsenden an: work, Postfach, 3000 Bern 16, oder per E-Mail: verlag@workzeitung.ch Einsendeschluss 28. Oktober 2022

INSERAT

Mehr Infos:
www.unia.ch/lmv2022

Wir Bauarbeiter bauen die Schweiz und riskieren jeden Tag unsere Gesundheit. Doch statt den LMV zu verbessern, verlangen die Baumeister noch längere Arbeitstage und unbezahlte Arbeitszeit. Dagegen wehren wir uns!

Danke für deine Solidarität!

UNIA

WORKPOST

WORK 16 / 30.9.2022:
«WIR SIND PUTZHÄSSIG!»

Auf in den Kampf!

Es ist ungerecht! Ich bin schon pensioniert und bin wütend. Immer noch sind unsere Löhne geringer als die der Männer, und immer noch sind wir bei der Pensionskasse (Teizeitpensen, Koordinationsabzug) benachteiligt! Deshalb: auf in den Kampf!

ELISABETH GRÄDEL, VIA FACEBOOK

Unbedingt am Ball bleiben

Es ist richtig, dass die Frauen am Ball bleiben, sonst schläft die Sozialkommission des Ständerats ein und verpasst die BVG-Revision.

HUGO LEHMANN, VIA FACEBOOK

Streiken jetzt!

50 Prozent der gesamten geleisteten Arbeitsstunden in der Schweiz sind unbezahlte Stunden und werden mehrheitlich durch Frauen geleistet. Ohne diese Gratisarbeit funktioniert weder die Wirtschaft noch die Gesellschaft! Also Frauen: aufstehen und streiken!

ROBERTA BLUMER, VIA FACEBOOK

Bei den Reichen holen

Und was ist mit den etwa 10 Milliarden Franken Schulden, welche die IV bei der AHV hat? Dazu kommen: Schutzschirme für Banken, Stromkonzerne, für Firmen, die ungerechtfertigt Corona-Kredite bezogen haben. Plus laufend Steuergeschenke an Firmen und Gutbetuchte! So schaut es aus!
Was die AHV/der Generationenvertrag braucht, sind der Zeit angepasste Zusatzeinnahmen wie zum Beispiel Einnahmen aus einer Finanztransaktionssteuer! Die bisher genannten Einnahmequellen wie Abschöpfung der SNB-Gewinne, Erhöhung des Rentenalters und/oder die Erhöhung der Mehrwertsteuer sind genauso abzulehnen wie noch höhere Lohnabzüge! Was es braucht, ist eine zusätzliche AHV-Finanzierung 2.0.

ALEX MUHEIM, VIA FACEBOOK

Care-Arbeit aufteilen

Dass Männer Kinder wollen, sich aber null an der Care-Arbeit beteiligen, und dass dies dazu führt, dass Frauen nur Teilzeit arbeiten können und deshalb für Kaderpositionen, leitende Positionen und so weiter nicht in Frage kommen – von dem höre ich die Männer auch NIE sprechen.

MICHELLE TINA HABERMACHER, VIA FACEBOOK

Langer Weg

Dass die Frauen jetzt punkto Alter gleichberechtigt sind, ist halt nun eine Tatsache geworden. Auch wenn ich die Frauen, die das abgelehnt haben, gut verstehe. Sie wurden lange nicht ernst genommen beziehungsweise auf häusliche Pflichten beschränkt, die sie zudem gratis machen mussten.
Wenn sie heute Teilzeit arbeiten, kommt die Heiratsstrafe dazu, ausserdem der unberechtigte Koordinationsabzug bei den Einzahlungen in die Pensionskasse. Mit anderen Worten: Es war bisher frustrierend für Frauen auf dem Weg zur Gleichberechtigung. Ich hoffe sehr, dass die Frauen inskünftig real bessergestellt werden und die Heiratsstrafe endlich, endlich abgeschafft wird!

OTHMAR RUTZ, VIA FACEBOOK

WORK 16 / 30.9.2022:
«DAS IST EINE SOZIALPOLITISCHE ZEITBOMBE!»

Schockierende Zahlen

Die Zahl an finanzschwachen Menschen in der Schweiz steigt und steigt. Ich habe gelesen, dass es sich dabei um ungefähr 1,4 Millionen Mitbürger und Mitbürgerinnen handeln soll. Das ist eine enorme Anzahl, die an unserem kleinen, etwa 9 Millionen Menschen zählenden Binnenmarkt kaum teilhaben können. Da sollten sich die Regierenden und die Wirtschaft schon ernste Gedanken machen.
Die Frage ist, wie könnte man dem Abhilfe verschaffen? Wäre die Lösung die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens? Mit dem bisschen Mehr an finanziellen Mitteln könnten sich die betroffenen Menschen vermehrt Güter und Lebensmittel einkaufen, am Gemeindeleben teilnehmen, am Vereinswesen beteiligen, ins Fitness gehen oder auch ins Kino, ins Café oder auch einmal auswärts essen. Das wäre doch eine Win-win-Situation für alle.

HANS WEBER, VIA FACEBOOK

WORK 16 / 30.9.2022:
SO MIES ZOCKT DIE PHARMA DIE PRÄMIENZAHLENDEN AB

Schluss damit!

Wann legt denen endlich jemand das Handwerk?

KATHARINA M. AEBI, VIA FACEBOOK

WORKLESERFOTO

Der Herbst ist da

WANN 30. September 2022
WO Wiggertal
WAS Ein wunderschöner Fliegenpilz, angetroffen im Wald im untersten Wiggertal
Eingesandt von Ulrich Kupferschmid, Wikon LU

Gewinnen Sie 100 Franken!

Senden Sie uns Ihr Lieblingsfoto: Wenn es abgedruckt wird, **gewinnen Sie 100 Franken!** Schreiben Sie uns, was es zeigt und wo, wann und wie es entstanden ist. Bitte vergessen Sie nicht, Ihre vollständige Adresse anzugeben.
Senden an redaktion@workzeitung.ch, Betreff «Leserfoto»

Pech gehabt

Jetzt versteht ihr, warum ich in der Schweiz keinerlei angemessene Behandlung erhielt. Weder für heilbare noch für chronische Krankheiten. Ich habe ALLES aus eigener Kasse bezahlen müssen. Und das mit IV-Rente oder Arbeitslosengeld. Vorzeitiger Tod, Pech!

JAN HUPF, VIA TWITTER

WORK 16 / 30.9.2022:
«IHREN RESPEKT MUSS MAN SICH VERDIENEN»

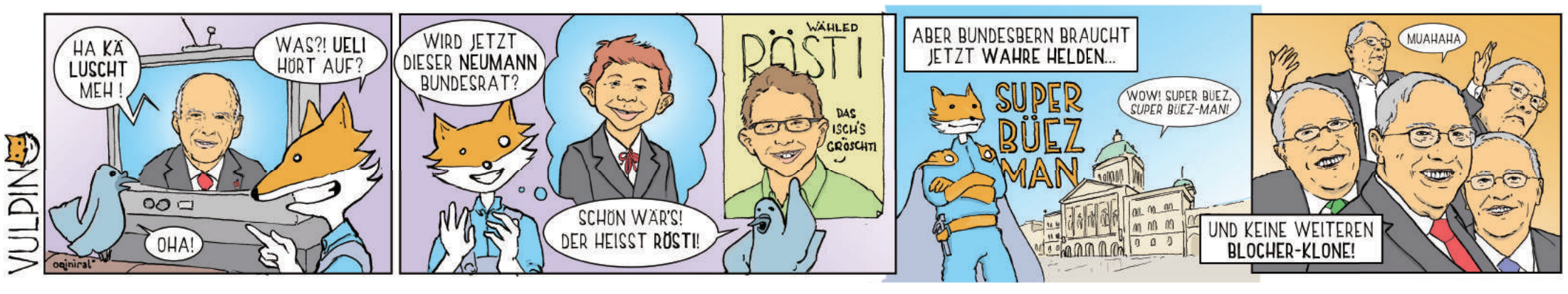
Fürs Tierwohl

Ein eindrückliches Portrait einer mit ihren Arbeitsbedingungen zufriedenen Zoo-Tierpflegerin. Nicht ausblenden darf man, dass da andere Diskriminierte vorkommen: die Zootiere, die zu unserer Unterhaltung kein selbstbestimmtes Leben führen dürfen. Sie empfinden genauso wie wir und würden es verdienen, nicht gegessen, nicht zu Kleidern gemacht und nicht für Experimente missbraucht zu werden.

RENATO WERNDLI, EICHBERG SG

Schreiben Sie uns

Ihre Meinung und Ihre Erfahrungen interessieren uns. Schreiben Sie per E-Mail an **redaktion@workzeitung.ch** oder an **work Redaktion Leserbriefe, Gewerkschaft Unia, Postfach, 3000 Bern 16**



ALLES AN SEINEM PLATZ: Kassierin Maurhofer mag es, zwischendurch Retouren einzuräumen und sich die Beine zu vertreten.

KERSTIN MAURHOFER

KRIMI UND MALLORCA

Kerstin Maurhofers Leidenschaften sind Stricken und Lesen. Am liebsten taucht sie in Krimis von Donna Leon oder Petros Markaris ein, die in Italien und Griechenland spielen. Das sind ihre kleinen Alltagsfluchten. Als Risikopatientin ist sie seit Beginn der Corona-Pandemie nicht mehr gereist. Doch bald möchte sie wieder auf Mallorca, ihr Kleinod, wie sie es nennt.

ZWEISAM. Maurhofer hat zwei Kinder, 23 und 28, die letztes Jahr beide innerhalb von ein paar Wochen von zu Hause ausgezogen sind. Am Anfang hatte sie daran zu knabbern, dass die Wohnung plötzlich leer war, doch mittlerweile geniesst sie die Zweisamkeit mit ihrem Mann. «Und Mittwochabend ist Familienzeit. Da kommen mein Sohn und meine Tochter vorbei zum Znacht.»

Kassierin **Kerstin Maurhofer** (52) hat nach langer Suche endlich eine Festanstellung gefunden

«So ein Glückstreffer!»

Am Morgen hat Kerstin Maurhofer stets ein Lächeln auf den Lippen. Im Gespräch mit work verrät die Jumbo-Kassierin, wie sie gestresste Kundschaft zu mehr Menschlichkeit erzieht.

KATHARINA WECKER | FOTOS FLORIAN AICHER

Am liebsten mag es Kerstin Maurhofer, wenn der Laden voll ist. «Dann geht der Tag schnell vorbei», sagt die Jumbo-Kassierin aus Winterthur. Für ein Lächeln und einen kurzen Schwatz hat sie sowieso immer Zeit. Vor allem die älteren Kundinnen und Kunden würden es geniessen, wenn sie noch ein bisschen plaudern und in Ruhe ihr Münz raussuchen können. Die jüngeren Leute seien ebenfalls gesprächig. Nur den 30- bis 50jährigen pressiere es immer. «Einige finden es nicht einmal nötig, grüezi zu sagen. Denen muss man dann ein bisschen die Brisanz rausnehmen», sagt Maurhofer und lacht herzhaft. Sie verlangsamt das Tempo, verwickelt den gestressten Kunden in ein Gespräch und gibt ihm Zeit, seine Einkäufe einzupacken, bevor sie sich der nächsten Kundin zuwendet.

Ein freundlicher, ja herzlicher Umgang ist der 52jährigen wichtig. Wenn sie morgens zur Schicht kommt, den Laden noch ein bisschen aufräumt und sich dann an die Kasse setzt, hat sie stets ein Lächeln parat. «Die Leute können schliesslich nichts dafür, wenn ich einen schlechten Tag habe. Und wenn man ein Lächeln oder sogar Lob zurückbekommt, freut einen das besonders», sagt sie. «Es sind die kleinen, kurzen Momente, die mich mit dem Beruf im Verkauf versöhnen.»

Seit 2021 gehört Jumbo zur Coop-Genossenschaft, alle Coop-Bau+Hobby-Filialen wurden in Jumbo umbenannt. Für Maurhofer hat sich allerdings nicht viel verändert. Ausser die Uniform, die sie morgens anzieht. Die ist jetzt blau. «Ich mag die Farbe. Es macht mir Freude, wenn ich die Uniform anziehe», sagt Maurhofer.

STUNDENLOHN. Sie lacht gern und viel während des Gesprächs mit work. Dann blitzen ihre Augen. Wegen zweier chronischer Krankheiten gilt sie als Risikopatientin und trägt seit Beginn der Corona-Pandemie bei der Arbeit stets eine Maske. Schon vor der Maskenpflicht in den Läden und auch jetzt noch. Das missfiel ihren ehemaligen Chefs bei Mediamarkt. «Es gab immer Diskussionen, ob die Maske wirklich nötig sei. Auf Dauer war das mühsam.»

Dazu kam, dass sie schon fast ihr ganzes Leben nur im Stundenlohn angestellt war, also kein gesichertes Einkommen hatte. «Dadurch war mein Jahreslohn oft so tief, dass ich gar nichts oder nur ein paar Franken in die Pensionskasse einzahlen konnte.» Als sie fünfzig wurde, merkte sie: So kann das nicht weitergehen. «Ich wollte eine Festanstellung mit Pensionskasse – damit ich mir im Alter wenigstens ab und zu einen Kafi leisten kann.»

Also sah sie sich nach neuen Jobs um. Vorher machte sie sich bei der Unia schlau: Muss sie beim Bewerben angeben, dass sie eine Risikopatientin sei? Die Antwort: Nein, muss sie nicht. Kurz darauf fand sie die Stelle bei Coop Bau+Hobby. Zuerst auf Stundenbasis, knapp ein Jahr später dann in Festanstellung. «Der Job war ein toller Glückstreffer, und mit der Festanstellung ist ein Traum wahr geworden», sagt Maurhofer. Der Lohn für ihre 70-Prozent-Stelle beträgt rund 3200 Franken brutto pro Monat, der Mindestlohn gemäss dem Coop-Gesamtarbeitsvertrag. Einen Lohn in solcher Höhe hatte sie vorher nie bekommen. Und trotzdem sagt sie selbstbewusst: «Mit meiner Berufserfahrung und meinen Weiterbildungen könnte es ruhig mehr sein.» Verkauf zählt zu den klassischen Frauenberufen und ist niedrig bezahlt. Das möchte Maurhofer gerne ändern. Deswegen engagiert sie sich nun selbst bei der Unia. In der Fachgruppe Coop diskutiert sie mit anderen Gewerkschaftsmitgliedern, wie sie den Coop-Mitarbeitenden, aber auch allen im Detailhandel helfen können. Die Hauptthemen: der niedrige Lohn und die Arbeitszeiten. Wenn die Läden immer länger aufhaben, «geht für das Personal die Lebensqualität verloren», sagt sie.

Sie versucht vor allem junge Leute für die Gewerkschaft zu gewinnen. «Je mehr wir sind, die sich einsetzen, umso einfacher wird's. Man sieht vielleicht nicht sofort eine Veränderung, aber irgendwann schon», sagt sie. «Vielleicht passiert es nicht mehr für mich, aber für unsere Kinder.»

HOLZ STATT STOFF. Auch wenn es Sachen zu verbessern gibt, mag sie ihren Job – und ihre Kolleginnen und Kollegen. Sie helfen sich gegenseitig aus, ob bei technischen Fragen mit der Kassen-Software oder beim Finden von bestimmten Produkten. Wenn es gerade ruhig an der Kasse ist, nimmt sie den Retouren-Korb in die Hand und bringt die Sachen zurück an ihren Platz im Regal. Ein bisschen die Beine vertreten und das Sortiment kennenlernen. So weiss sie auch immer Bescheid, wo alles ist, wenn die Kundschaft Fragen hat.

Eigentlich wollte Maurhofer gerne Schneiderin werden. Doch mit einem Realschulabschluss fand sie keine Lehrstelle. Also entschied sie sich für eine Lehre bei Coop in der Woll- und Handarbeitsabteilung. Immerhin hatte sie dort mit Stoffen und Wolle zu tun, ihrer Leidenschaft. Vermisst sie das, jetzt wo sie im Bau- und Gartenmarkt arbeitet? «Überhaupt nicht. Es macht mir Spass. Mein Mann ist gelernter Handwerker, ich habe viel von ihm gelernt und auch schon selbst Parkett verlegt», sagt sie.

Aufsteigen wollte sie nie. «Eine Filiale leiten? Nein danke – zu viel Verantwortung. Ich bin jetzt in einem Alter, wo ich weiss, was ich will. Mir ist wichtig, dass ich meine Arbeit gern und ordentlich mache. Und dass ich genügend verdiene, um mir meine Hobbies leisten zu können. So bin ich zufrieden», sagt Maurhofer. Und lacht wieder.

Sozialabbauer? Lohndumper? Jobvernichter? work nennt die Namen. Angriffig, kritisch, frech.

work abonnieren.

Für nur Fr. 36.– im Jahr jeden zweiten Freitag direkt ins Haus.

Vorname/Name

Strasse

PLZ/Ort

Telefon/E-Mail

work, Abodienst, Postfach, 3000 Bern 16. www.workzeitung.ch

WORKIMPRESSUM work ist die Zeitung der Gewerkschaft **Herausgeberin** work, Gewerkschaft Unia **Verlag und Redaktion** Weltpoststrasse 20, 3000 Bern **Postadresse** Postfach, 3000 Bern 16 **Telefon Verlag und Redaktion** 031 350 24 18 **E-Mail Verlag** verlag@workzeitung.ch **E-Mail Redaktion** redaktion@workzeitung.ch **Internet** www.workzeitung.ch **Redaktion** Anne-Sophie Zbinden (Chefredaktorin), annesophiezbinden@workzeitung.ch; Jonas Komposch (Stv. Chefredaktor), jonaskomposch@workzeitung.ch; Patricia D'Incau (Produzentin/Redaktionsleiterin), patriciadincau@workzeitung.ch; Christian Egg, christianegg@workzeitung.ch; Ralph Hug, ralphhug@workzeitung.ch; Darija Knežević, darijaknezevic@workzeitung.ch **Mitarbeit an dieser Nummer** Katrin Bärtschi, Jérôme Béguin, Peter Bodenmann, Martin Jakob, Andreas Rieger, Clemens Studer, Katharina Wecker, Jean Ziegler **Gestaltung/Layout** Nina Seiler, ninaseiler@workzeitung.ch; Silvia Aeschbach, silviaaeschbach@workzeitung.ch **Korrektorat** Urs Remund, ursremund@workzeitung.ch, Andrea Leuthold **Sekretariat** Fabienne Jalily (Di, Mi, Fr vormittag), verlag@workzeitung.ch **Anzeigenmarketing** Fabienne Jalily, Telefon 031 350 24 18, anzeigen@workzeitung.ch **Druck** CH Media Print AG, Im Feld 6, 9015 St. Gallen **Abonnement** Jahresabonnement (21 Ausgaben) Fr. 36.–, Einzelpreis Fr. 2.80, Euro 2.– **Abodienst** Unia-Mitglieder: Bitte wenden Sie sich an die zuständige Unia-Sektion. Übrige Abonnenten: Mo–Fr 9–11.30 Uhr, Telefon 031 350 24 18, abo@workzeitung.ch **Auflage** 69 344 inkl. Beilagen für alle Mitglieder der Gewerkschaft Unia.